Monatsspiegel

April 2013

SPD Erlangen

Adressaufkleber

Die soziale Energiewende kann gelingen!

Von Philipp Dees
Landtagskandidat

Zwei Jahre ist es mittlerweile her, dass die schwarz-gelbe Bundesregierung nach der Katastrophe von Fukushima den Ausstieg aus dem von ihr selbst eingeleiteten Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernenergie eingeleitet hat. Die damals vollzogenen Wendemanöver waren teils abenteuerlich: Der damalige bayerische Umweltminister Markus Söder hatte noch in der Woche, bevor es in Fukushima zur Kernschmelze kam, Kritik an der Sicherheit des Kernkraftwerks Isar I barsch zurückgewiesen mit dem Argument, die (österreichischen) Kritiker hätten keine Ahnung von deutschen Sicherheitsstandards, selbstverständlich sei Isar I sicher. Kurz darauf wurde Isar I abgeschaltet, der von Markus Söder vorgetragene Grund: Sicherheitsmängel.

Schon die schnellen Kehrtwenden damals ließen vermuten, dass bei vielen Beteiligen von schwarz und gelb nicht politische Überzeugung, sondern vor allem strategisches Kalkül hinter dem Kurswechsel stand. Jetzt, zwei Jahre nach Fukushima, zeigt sich dies immer deutlicher: Massiv versuchen mittlerweile Politikerinnen und Politiker von schwarz-gelb im Verein mit Stimmen aus der Wirtschaft, die eingeleitete Energiewende totzureden. Ihr Hauptargument: Energie werde zu teuer, und damit verschärfe sich die soziale Spaltung der Gesellschaft. Beteiligt daran ist selbst der Bundesumweltminister.

Die Energiepreise steigen – aber nicht hauptsächlich wegen der Energiewende

Unbestreitbar ist: Die Energiepreise in Deutschland steigen, egal, ob es um den Strom, Öl und Gas für die Heizung oder Benzin und Diesel für die Mobilität geht. Falsch ist aber, dass dies hauptsächlich mit der Energiewende zusammenhängen würde.

Dies ist am offensichtlichsten bei Öl und Gas und allen daraus gewonnen Produkten: Die Preisanstiege sind Folge der weltweit gestiegenen Nachfrage nach Öl und Gas, vor allem, weil in den Schwellenländern immer mehr davon verbraucht wird. Mit der Energiewende kann der Anstieg gar nichts zu tun haben, im Gegenteil: Je besser die Energiewende gelingt, desto geringer wird die Nachfrage nach Öl und Gas und desto niedriger der Preis.

Komplizierter ist die Situation beim Strompreis, weil hier mehrere Aspekte zusammenkommen: Die Stromproduktion aus Erneuerbaren Energien wird über das EEG zu Festpreisen vergütet. Die Differenz zwischen den Festpreisen und dem „normalen“ Strompreis müssen die Endverbraucher bezahlen.

Diese sogenannte „EEG-Umlage“ steigt derzeit stark an. Dies liegt aber nur zu einem kleinen Teil am Ausbau der Erneuerbaren Energien: Dass die Vergütungssätze jedes Jahr deutlich sinken, dämpft den Preisanstieg erheblich. Die steigende EEG-Umlage folgt aus zwei anderen Aspekten: Zum einen sind zahlreiche – und immer mehr – Unternehmen von der EEG-Umlage befreit. Dies betrifft längst nicht mehr nur tatsächliche Großverbraucher in der Industrie, die bei steigender Kostenbelastung tatsächlich Probleme im Wettbewerb hätten. Sondern es profitieren immer mehr Unternehmen von der Befreiung, bei denen sich der Grund dafür nicht erschließt. Zum zweiten steigt die EEG-

Fortsetzung auf Seite 3

02.04.	19:30	Distrikt Anger: Distriktsversammlung	Angerwirt	S. 26
03.04.	20:00	Arbeitskreis Frieden und Internationalismus	August-Bebel-Haus	S. 11
09.04.	19:00	Projektgruppe Kommunalprogramm	August-Bebel-Haus	S. 6
09.04.	20:00	Distrikt Frauenaurach: Distriktsversammlung	TSV Frauenaurach	S. 26
09.04.	20:00	Distrikt Tennenlohe: Distriktsversammlung	Schlossgaststätte	S. 29
10.04.	18:00	Distrikt West: Distriktsversammlung	Gerd Peters	S. 30
10.04.	19:00	„So können wir uns Wohnen noch leisten“	Pacelli-Haus	S. 5
13.04.	10:00	Vorstellung StadtratsbewerberInnen	ATSV	S. 5
16.04.	19:00	Distrikt Eltersdorf	Schützenhaus	S. 26
16.04.	20:00	Distrikt Innenstadt: Distriktsversammlung	Orpheus	S. 27
16.04.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 31
17.04.	15:00	60plus: Mitgliederversammlung	August-Bebel-Haus	S. 30
17.04.	19:00	Distrikt Süd: Distriktsversammlung	Röthelheim-Biergarten	S. 29
17.04.	20:00	Arbeitskreis Wirtschaftspolitik	August-Bebel-Haus	S. 11
18.04.	20:00	Kreismitgliederversammlung	Turnerbund	S. 3
23.04.	19:00	Distrikt Ost: Distriktsversammlung	Waldschänke	S. 27
23.04.	19:00	„Das bringt uns die Metropolregion“	SchwarzStark	S. 5
26.04.	19:00	Klausurtagung zum Kommunalprogramm	Orpheus	S. 6
27.04.	11:00	Klausurtagung zum Kommunalprogramm	Orpheus	S. 6
30.04.	20:00	Jusos: Sitzung	August-Bebel-Haus	S. 31

Kontakt

Kreisverband Erlangen-Stadt
Vorsitzender: Dieter Rosner
Mitarbeiter: Patrick Rösch
Friedrich-List-Straße 5,
91054 Erlangen
Telefon: 09131-8126522
Fax: 09131-8126513
E-Mail: buero@spd-erlangen.de
Internet: www.spd-erlangen.de
Bankverbindung: Sparkasse Erlangen,
BLZ 76350000, Konto-Nr. 12005

Bürozeiten:

Montag	14:00 bis 16:00 Uhr
Mittwoch	08.30 bis 10.30 Uhr
Donnerstag	14.00 bis 16.00 Uhr.

Dienstag und Freitag geschlossen

SPD-Stadtratsfraktion Erlangen
Vorsitzender: Dr. Florian Janik
Geschäftsführer: Gary Cunningham
Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Telefon: 09131-86-2225
Fax: 09131-86-2181
E-Mail: spd@stadt.erlangen.de
Internet:www.spd-fraktion-erlangen.de

Bürozeiten

Montag	09:00 bis 12.00 Uhr
Dienstag	09:00 bis 12:00 Uhr
Mittwoch	09:00 bis 12:00 Uhr
Donnerstag	09:00 bis 12:00 Uhr
Freitag	geschlossen

Impressum

Herausgeber
SPD-Kreisverband Erlangen, Friedrich-List-Straße 5, 91054 Erlangen
monatsspiegel@spd-erlangen.de

Redaktion und Mitarbeit: Philipp Dees (pd, presserechtlich Verantwortlicher, Anschrift wie oben), Lars Thomsen, Sandra Radue (sr), Patrick Rösch (pr), Christofer Zwanzig (cz), Gary Cunningham (gh)

Mitarbeit bei dieser Ausgabe: Katrin Hurle (kh), Gisela Niclas (gn), Rolf Schowalter (rs) Wolfgang Vogel (wv)

Druck: Gutenberg Druck und Medien, Uttenreuth

Auflage: 700 Stück

Umlage, weil die Strompreise derzeit sinken: Dadurch steigt die Differenz zwischen Vergütungssätzen und Strompreis. Würden die sinkenden Strompreise weitergegeben, dann gleichen diese die steigende EEG-Umlage aus, die Belastung der Haushalte wird nicht größer.

Und nicht zuletzt: Dass die Strompreise so hoch sind, liegt überhaupt nicht an der EEG-Umlage. Sondern vielmehr daran, dass die Stromproduktion von drei großen Unternehmen dominiert wird, die ihre Marktmacht nutzen können, um höhere Preise durchzusetzen. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien ist hier sogar vorteilhaft: Die Marktmacht der drei großen geht zurück, weil es immer mehr kleine Produzenten gibt. Dadurch sinkt auch das Potential der drei großen, den Strompreis zu überhöhen.

Das EEG muss erhalten bleiben!
Es gibt also keinen Grund, über eine Abschaffung des EEG zu diskutieren, wie es unter anderem Rösler und Altmeier in der Bundesregierung tun. Solche Diskussionen schaden nur der Energiewende, weil sie Investoren abschrecken und damit den Ausbau der Erneuerbaren dämpfen – der dann zu höheren Kosten nachgeholt werden muss.

Natürlich muss das EEG und müssen die Vergütungssätze überprüft und angepasst werden, damit es nicht zu überhöhten Gewinnen bei Investoren kommt. Das ist im Gesetz aber regelmäßig vorgesehen und erfolgt auch. Das EEG ist ein Erfolgsprojekt und muss erhalten bleiben!

„Phantom“ Netzausbau
Ein weiterer Kostentreiber bei der Energiewende ist, dass ein massiver Netzausbau zu hohen Kosten vorangetrieben wird. Wenn die Energiewende aber richtig gestaltet ist, dann ist der Ausbau in dieser Dimension nicht nötig, und damit sind auch die Kosten viel niedriger, die am Ende die VerbraucherInnen tragen müssen.

Der Ausbaubedarf entsteht, weil bisher der Strom in Süddeutschland bei den Verbrauchsschwerpunkten produziert worden ist. Bei den Erneuerbaren dagegen wird viel im Norden produziert, wo weniger Strom verbraucht wird.

Dieses Problem ist aber auf zwei Wegen zu reduzieren: Zum einen, wenn die Energiewende dezentral erfolgt und über Kommunen, Genossenschaften und BürgerInnen der meiste Strom dort produziert wird, wo er auch gebraucht wird. Das Potential dafür ist da. Und zum zweiten sollte über Alternativen zum Stromtransport nachgedacht werden: Zum Beispiel ist es möglich, mit dem Strom Methan zu gewinnen, das über das bestehende Erdgasnetz in den Süden geleitet und dort in bestehenden oder zu bauenden Gaskraftwerken (mit Wärmeauskopplung) wieder „verstromt“ werden kann. Diese Technologie ist noch nicht serienreif, aber mit weiterer Forschung auf einem guten Weg.

Die Energiewende ist mehr als Strom!
Bei der öffentlichen Diskussion um die Energiewende – und auch in diesem Artikel – wird vor allem über die Stromproduktion diskutiert. Tatsächlich ist die Energiewende aber umfassender: Zu betrachten ist auch die Wärmegewinnung – nicht nur für die Heizung, sondern auch für die Industrie – und der Energieverbrauch durch Mobilität. Auch hier sind neue Ansätze erforderlich, die aber vielfach schon entwickelt sind – nur kaum genutzt werden. Und zentral ist auch, weniger Energie zu verbrauchen: Diese muss dann gar nicht erst gewonnen werden.

Soziale Fragen nicht aus dem Blick verlieren!
Die steigenden Energiepreise, aber auch Maßnahmen zur Reduzierung des Energieverbrauchs belasten Haushalte mit niedrigen Einkommen tatsächlich stark. Diese können es sich seltener leisten, neue Geräte anzuschaffen, und sind z.B. von steigenden Mieten nach energetischer Sanierung stark betroffen. Deshalb dürfen SozialdemokratInnen bei der Energiewende die soziale Frage nicht aus dem Auge verlieren. Es ist nicht egal, was die Energiewende kostet.

Aber: Wenn die Energiewende gut gestaltet wird, wenn sie dezentral erfolgt und wenn es gelingt, die Marktmacht der großen Energieunternehmen zu brechen: Dann ist die Energiewende zu schultern. Dies umso mehr, wenn durch eine gute Förder-, Beratungs- und Infrastrukturpolitik auch die Mietpreise unter Kontrolle gehalten und Mobilität für alle sichergestellt wird.

Redaktionsschluss
für den nächsten Monatsspiegel
Mai 2013
24. April 2013

Korrektur

Bei der Liste der BewerberInnen für den Stadtrat war bei Nina Gunkelmann der falsche Beruf angegeben. Richtig ist „wissenschaftliche Mitarbeiterin“.

Kreismitgliederversammlung

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur

Kreismitgliederversammlung

am Donnerstag, den 18. April 2013, 20.00 Uhr
Turnerbund, Spardorfer Straße 79

Als Tagesordnung schlagen wir Euch vor:
1. Aktuelles und Begrüßung der Neumitglieder
2. Bericht vom Bundesparteitag der SPD
3. Die soziale Energiewende gestalten – aber wie?
   Referat von Philipp Dees und Diskussion
4. Anträge (siehe Seite 14)
5. Berichte aus den Distrikten und Arbeitsgemeinschaften
6. Verschiedenes

Dieter Rosner Dirk Goldenstein Sandra Radue

Neues aus der Wahlkampfleitung

Von Wolfgang Vogel
Wahlkampfleiter

Liebe Genossinnen und Genossen,
beginnend mit diesem offenen Brief an Euch aus der Wahlkampfleitung (WKL) werden wir in den nächsten Monaten – bis zum März 2014 – immer wieder darüber informieren, was in den diversen Wahlkämpfen beabsichtigt und geplant ist. Diese Rubrik soll all die Informationen ergänzen, die Euch seit Februar zu den Wahlkämpfen schon zugegangen sind.

Für meinen ersten Beitrag in diesem Zusammenhang wähle ich ausnahmsweise mal die Briefform, weil ich mich – nach einigen Jahren Rückzug aus der Partei- (nicht aus der Stadtratsarbeit) – für die bevorstehenden Wahlkämpfe wieder aktiv einschalten will – sozusagen eine „Reaktivierung" aus dem (nicht allzu ruhigen) Ruhestand. Und ich glaube, Ihr sollt auch wissen, warum ich dies mache.

Vor uns liegt ein Jahr mit vier Wahlen (Bundestag, Landtag, Bezirkstag, Oberbürgermeister/Stadtrat). Die Federführung für den Bundestagswahlkampf hat der Unterbezirk. Unsere Aufgabe in der WKL auf der Ebene des Kreisverbands wird es sein, die Wahlkämpfe zu koordinieren und die eigenen Gestaltungsspielräume zu nützen.

Für mich ist es vor diesem Hintergrund entscheidend, meine Erfahrungen aus der Landtags- und Stadtratsarbeit einfließen zu lassen, um gerade hier unseren KandidatInnen konkrete Hilfestellung zu geben. Darum haben mich Dieter Rosner und Florian Janik gebeten – und ich habe auch gerne zugesagt, weil es (neben vielen anderen) gerade auch diese beiden waren, die mich (zusammen mit unserem Landtagskandidaten Philipp Dees) intensiv bei meinen Wahlkämpfen 2002 (Oberbürgermeisterwahl) und 1998, 2003 und 2008 (Landtagswahl) unterstützt haben. Aus dieser engen Zusammenarbeit entstanden Freundschaft und die Verpflichtung, mich nun dort einzubringen, wo sie und unser Kreisverband es benötigen. Und ich muss nicht eigens betonen, dass wir sehr gute und überzeugende KandidatInnen haben, die ich auch gerne unterstütze.

Wahlkampf-Büro im August-Bebel-Haus

Im letzten Monatsspiegel hat sich Euch schon Patrick Rösch vorgestellt, der uns im Kreisverbandsbüro unterstützen wird. Wir sind sehr froh, ihn für diese Tätigkeit gewonnen zu haben, denn von seinen bisherigen Praktikumsstellen eilt ihm ein toller Ruf voraus.

Patrick und ich, wir werden bis zum März 2014 im Parteibüro arbeiten und

haben dafür ab April feste und verbindliche Dienstzeiten vereinbart.

Im Rahmen dieser Zeiten haben wir auch nach Absprache mit dem Kreisvorsitzenden und der WKL die Büro-Öffnungszeiten festgelegt.

Ab Montag, 8. April, ist bis auf Weiteres unser Büro im Regelfall wie folgt geöffnet:

- montags 14.00 bis 16.00 Uhr
- mittwochs 8.30 bis 10.30 Uhr
- donnerstags 14.00 bis 16.00 Uhr.

Während dieser Zeiten könnt Ihr uns im Büro persönlich oder telefonisch (09131/8126522) erreichen. Nach wie vor behält auch die Mailanschrift des Kreisverbands ihre Gültigkeit: buero@spd-erlangen.de.

Es werden demnächst auch für das Wahlkampfbüro eigene Mailanschriften und Telefonnummern eingerichtet, die wir Euch rechtzeitig zur Kenntnis geben.

Wir brauchen eure Mitarbeit!

Liebe Genossinnen und Genossen, trotz all unserer guten Vorsätze und Absichten wird aber unser Arbeitseinsatz bei weitem nicht ausreichen, um für die Erlanger SPD einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen.

Ein wichtiger Ansatz, um vorhandene Kapazitäten bestmöglich auszuschöpfen, wird die zielgerichtete Vernetzung der bestehenden SPD-Büros (im Bebel-Haus und im Rathaus) sein, nämlich dort, wo sich unsere Aufgaben überlappen. Unsere Büro-Türen müssen offen sein für die Zusammenarbeit, weil unsere politischen Anliegen und die Menschen für die wir Politik betreiben sich ja auch nicht in verschiedene Ebenen (Bund – Land – Kommune) unterteilen lassen. Ich denke, hier sind wir sehr gut aufgestellt, weil auch all die AkteurInnen in den Büros einen sehr kollegial-freundschaftlichen Umgang miteinander pflegen.

Und trotzdem wird auch das nicht ausreichen! Wir brauchen dringend Euere Unterstützung und Zuarbeit! Der geschäftsführende Kreisvorstand geht hier mit gutem Beispiel voran. Ich bin begeistert, wie die Genossinnen und Genossen engagiert und solidarisch zusammen arbeiten – unabhängig davon, wo sie sich in der Partei einordnen und wie alt sie sind. Die Erlanger SPD zieht geschlossen an einem Strang und in die gleiche Richtung! Diese einmütige Unterstützung unserer KandidatInnen und unserer Partei ist vorbildlich.

Bitte orientiert Euch daran. Mich würde es nämlich sehr freuen, wenn sich aus Euerem Kreis Unterstützerinnen und Unterstützer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter finden ließen, die uns im Wahlkampf zur Seite stehen.

- Ob unsere OrganisationsreferentInnen auf konkretes Zupacken angewiesen sind,

- ob wir im Bebel-Haus sicherlich Hilfe bei den Büroarbeiten benötigen oder
- ob die eine oder der andere mit Erfahrungen in der Projektarbeit sogar Detailaufgaben aus der Wahlkampfplanung in eigener Verantwortung übernehmen könnte,

jede Hilfe ist gewünscht und dringend nötig, für einzelne Aufgaben je nach Bedarf, oder regelmäßig und verbindlich für ein paar Stunden in der Woche, im Monat...

Patrick Rösch und ich, wir würden Euere Hilfsangebote sammeln, vernetzen und in die Wahlkampfarbeit einbauen.

Bitte meldet Euch also bei uns im Büro, wenn Ihr freie zeitliche Kapazitäten für eine Mitarbeit habt. Gebt dabei auch den Euch möglichen zeitlichen Umfang und das gewünschte Einsatzspektrum an.

Hilfe beim Postversand gesucht!
Ganz konkret suchen wir derzeit eine Person, die für ca. drei bis vier Stunden ehrenamtlich und unentgeltlich monatlich Post eintütet, adressiert, frankiert und zur Post bringt. Die Arbeit kann auch von zuhause aus erledigt werden. Beginn dafür wäre ab Ende April 2013.

Auch hier gilt: Meldet Euch bei mir, wenn Ihr daran Interesse habt.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir müssen nicht mehr betonen, wie viel in den kommenden Monaten auf dem Spiel steht. Es steht zu befürchten, dass unsere politischen Mit-Konkurrenten auf eine breite finanzielle und organisatorische Unterstützung derjenigen bauen können, die sich von ihrer Politik auch kräftige Vorteile erwarten.

Dem können wir nur unser Engagement, unsere Zuversicht und unsere überzeugenden politischen Alternativen entgegen setzen.

Wenn wir wollen, dass wir im Bund, im Land, im Bezirk und in unserer Heimatstadt Erlangen wieder die bestimmende politische Kraft werden wollen, dann kann eine jede und ein jeder von uns diesen Wunsch nicht einfach an Büros und Vorstand weitergeben. Hier sind wir alle persönlich gefordert.

Für unsere KandidatInnen und für unsere Erlanger SPD bitte ich um Euere tatkräftige Unterstützung.

Euer Wolfgang Vogel

Einladung: Erlangen gemeinsam gestalten

Ab April 2013 laden unser Kandidat für das Amt des Oberbürgermeisters Dr. Florian Janik und der SPD-Kreisverband Erlangen zu einer Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Erlangen gemeinsam gestalten“ ein. Unter der Moderation von Florian Janik werden im sachorientierten Gespräch wichtige Fragen zur Zukunft unserer Stadt erörtert.

Den Auftakt bildet das Fachgespräch

So können wir uns Wohnen noch leisten

am Mittwoch, 10. April, 19 Uhr, Pacelli-Haus (großer Saal), Sieboldstr. 3.

Nach einem Impulsreferat von **Dieter Maly** (Amt für Existenzsicherung und soziale Integration – Sozialamt, Nürnberg) moderiert Florian Janik die Diskussion mit

- Gernot Küchler (GeWoBau Erlangen, angefragt)
- Gisela Niclas (Aufsichtsrätin der GeWoBau)
- Wolfgang Winkler, Vorsitzender des Mietervereins Erlangen
- einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der Mauss-Holding

mit weiteren Expertinnen und Experten, Betroffenen und dem Publikum.

Beim zweiten Fachgespräch

Das bringt uns die Metropolregion

am Dienstag, 23. April, 19 Uhr, Café SchwarzStark, Henkestraße 91

hält das Impulsreferat **Prof. Dr. Klaus L. Wübbenhorst** (1. Vorsitzender Marketingverein Metropolregion Nürnberg e.V.). Zur ExpertInnenrunde hat Florian Janik

- Konrad Beugel (städt. Referent für Wirtschaft und Finanzen),
- Martina Stamm-Fibich (Betriebsrätin Siemens Health Care Erlangen)
- Prof. Dr. Erich Reinhardt (Vorsitzender Medical Valley EMN e.V.)
- Heinz Brenner (Siemens AG Regionalreferat Erlangen, angefragt)
- Stephan Doll (DGB Mittelfranken, angefragt)

eingeladen. Auch an diesem Abend öffnet sich die Diskussionsrunde hin zum Gespräch mit weiteren Fachleuten und mit dem Publikum.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir viele Genossinnen und Genossen an beiden Abenden begrüßen könnten.

Die Reihe wird in den Sommermonaten und im Herbst fortgesetzt.

Einladung zur Vorstellung der Bewerberinnen und Bewerber für die Stadtratsliste

Samstag, 13. April, 10 bis ca. 14:30 Uhr, ATSV Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen,
mit der Nominierung unseres OB Kandidaten Dr. Florian Janik haben wir im Januar einen ersten Grundstein für den Wahlkampf um das Rathaus gelegt. Unser Ziel ist es, dass Erlangen ab dem März 2014 von einem Sozialdemokraten regiert wird.

Wir alle wissen, dass dies nicht die Leistung eines Einzelnen sein kann. Florian wird dazu eine leistungsfähige Fraktion brauchen, die die Politik in unserer Stadt gestaltet. In den vergangenen Monaten sind bei uns viele Kandidaturen eingegangen. Wir freuen uns, dass eine große Anzahl von Genossinnen und Genossen, aber auch uns nahestehende Personen ohne Parteibuch auf der Stadtratsliste für die SPD kandidieren wollen.

Nun wollen wir Euch allen die Möglichkeit geben, diese Kandidatinnen und Kandidaten kennenzulernen. Diese werden sich in einer kurzen Vorstellung (drei Minuten pro Person) der Partei präsentieren. Auch für Rückfragen wird es die Möglichkeit geben.

Wir treffen uns am Samstag, den 13. April von 10.00 Uhr bis ca. 14.30 Uhr in der Sportgaststätte des ATSV in der Paul-Gossen-Straße 58. Die Zufahrt mit dem PKW ist wegen der Neugestaltung der Brücke Paul-Gossen-Straße nur über die Langfeldstraße, Elise-Späth-Straße und Am Brucker Seela zu erreichen. Mit dem Bus ist der ATSV über die Haltestelle Wichernstraße zu erreichen.

Wir freuen uns über Euer breites Interesse an den Personen, die in Erlangen in den nächsten Jahren die Kommunalpolitik aktiv mitgestalten wollen.

Euer Vorstand

„Programmdialog“ zum Thema Bildung

(sr) Bei unserem zweiten Programmdialog beschäftigten wir und mit dem Thema „Chancengleichheit von Anfang an – Bildungspolitik in Erlangen“. Wenn auch viele Rahmenbedingungen durch die Landesebene vorgegeben sind, bleiben der Kommune vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten. Diese standen im Mittelpunkt des interessanten und lebhaften Austauschs.

Führten durch die Veranstaltung: Sandra Radue, Barbara Pfister und Dr. Florian Janik

Schulen als Stadtteilzentren

Unser OB-Kandidat Dr. Florian Janik entwarf am Anfang die Vision einer Ganztagsschule mit gemeinsamem Unterricht für alle Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse. Die Schule sollte zudem die Aufgabe eines Stadtteilzentrums mit stark vernetzender Funktion aller Vereine, sei es mit sportliche, kulturellen oder musisch-künstlerischen Angeboten erfüllen. Eine weitreichende Mitgestaltungsmöglichkeit von Seiten der Kommune wäre hier wünschenswert.

Bei den gegebenen Rahmenbedingungen bleibt dagegen nur, den Spielraum, den die Stadt im Bildungsbereich hat, auszunutzen. Im Bereich der Schulen ist dies natürlich die Rolle des Sachaufwandsträgers, der für den baulichen Zustand der Schulen zuständig ist. Auch beim Ausbau der Ganztagsschulen und der pädagogischen Ausgestaltung des Nachmittagsangebots hat die Kommune einen gewissen Gestaltungsspielraum. Diesen gilt es soweit wie möglich auszunutzen, auf dass sich die Ganztagsschule von einer Halbtagsschule mit Nachmittags-Aufbewahrung hin entwickelt zu einem echten, pädagogisch wertvollen, sinnvoll rhythmisierten und den Bedürfnissen von Kindern entsprechenden Lern- und Lebensraum.

Bildung statt Betreuung

Dies gilt ebenso für den vorschulischen Bereich. Auch hier steht die Bildung im kleinkindlichen Bereich im Fokus – eine reine Betreuung reicht in unseren Augen nicht aus. Vor allem der bedarfsgerechte Ausbau in den einzelnen Stadtteilen ist hier eine große Herausforderung. Flexible Buchungszeiten und Schließzeiten, die sich an den Bedürfnissen von arbeitenden Eltern orientieren, sind dabei ebenso eine Herausforderung wie die Inklusion aller Kinder.

Lebenslanges Lernen – dezentral und gut vernetzt

Bei der Ausbildung ist die Stadt mit der finanziellen Ausstattung von Berufsfachschulen und einem Übergangsmanagement, das seinen Namen verdient in der Pflicht. Bei der Erwachsenenbildung und der Weiterbildung geht es darum, Angebote dezentral und im Stadtteil vernetzt anzubieten. Der Frankenhof könnte zu einem „Haus der Bildung“ umgestaltet, dabei eine Schlüsselrolle bekommen.

In der engagierten Diskussion wurden vor allem die aktuellen Missstände im Bildungswesen deutlich:

- Viele Projekte zur Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund wurden eingestellt.
- ehrenamtliches Engagement in diesem Bereich erfährt wenig Unterstützung.
- Ein Gesamtkonzept und die nötige Evaluation im Bereich der Integrationsprojekte fehlt.
- Die Situation von Lehrbeauftragten der VHS, die einen Teil der Nach-

Arbeitsgruppe Kommunalpolitisches Programm

Liebe GenossInnen und Genossen,
wie im letzten Monatsspiegel bereits angekündigt werden alle Teile unseres Kommunalpolitischen Programms, die nicht durch Projektgruppen, AKs oder AGs bearbeitet werden, nun derzeit in einer Arbeitsgruppe bearbeitet.

Hierzu sind alle interessierten Genossinnen und Genossen herzlich eingeladen.

Der letzte Termin findet statt am

Dienstag, 9. April, 19 Uhr im August-Bebel-Haus

Thema sind noch nicht bearbeitete Kapitel aus Teil III: Familie und Lebensgemeinschaften und zwei aus den Themen: Sport, Gesundheit, Personal und Verwaltung

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Referent für Schulung und Arbeitskreise

Klausurtagung zum Kommunalpolitischen Programm

Liebe Genossinnen und Genossen,
nach der Arbeit der Projektgruppen, AKs, AGs und der Arbeitsgruppe zur Entwicklung unseres Kommunalpolitischen Programms werden wir uns als SPD-Kreisverband vor der Beschlussfassung auf der KMV am 14. Mai nun auf einer Klausurtagung noch einmal ausführlich mit dem dann vorliegenden Programmentwurf beschäftigen.

Alle Genossinnen und Genossen sind hierzu sehr herzlich eingeladen.

Die Klausurtagung findet statt am

Freitag, 26. April ab 19 Uhr und Samstag, 27. April von 11 bis ca. 17 Uhr im Orpheus, Luitpoldstraße 25

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Referent für Schulung und Arbeitskreise

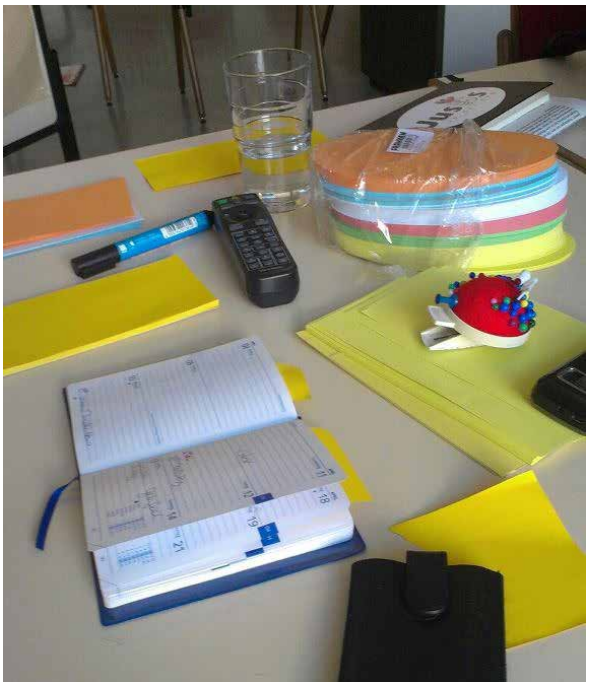
mittagsangebote der bestehenden Ganztagsklassen übernehmen, ist unzureichend.

- Sozial Benachteiligte Personengruppen erhalten unzureichend und oft nur sehr bürokratisch Ermäßigung bei Sport-Vereinen, Musik-Kursen, Nachhilfe etc.
- Förderung besteht oft nur in den ersten Klassen und in der Mittelschule, das Ziel der Förderung vom ersten bis zum letzten Tag an allen Schularten wird nicht verfolgt.
- Die finanzielle Ausstattung für die Ganztagsklassen ist mit 6.000 Euro pro Schuljahr viel zu gering.
- Schulsozialarbeit findet nur an „Problemschulen“ statt, präventiv findet nichts statt.
- Der Übertrittsdruck im selektiven bayerischen Schulsystem führt zu starker Belastung von Kindern und deren Familien, vor allem aber von MigrantInnen.
- Das bayerische Schulsystem ist kinderfeindlich, weil es auf Entmutigung statt Ermutigung setzt.
- Die Inklusion aller Kinder geht nur halbherzig voran und wird Schulen in Zukunft nicht nur im baulichen Bereich vor große Herausforderungen stellen.

Starke Kompetenz in der Fraktion

Auch wenn viele der angesprochenen Missstände auf kommunaler Ebene nur rudimentär zu lösen sind, konnten doch einige Handlungsspielräume aufgezeigt werden. Unser Referent Dieter Rossmeissl konnte für seinen Bereich Kultur, Jugend und Freizeit aufzeigen, welche Anstrengungen im bestehenden System unternommen werden, um die Bildungschancen von Kindern positiv zu beeinflussen. Die Stadrätin Barbara Pfister konnte an zahlreichen Beispielen Anträge der SPD anführen, die im Bereich Inklusion eingebracht wurden. Auch für den Bereich der Migration konnte Elizabeth Rossiter mit einigen Positiv-Beispielen auf erzielte Erfolge in dieser Legislaturperiode hinweisen. Birgit Hartwig konnte ihre Erfahrungen aus dem Jugendhilfeausschuss einbringen. Einig waren sich alle beim Fazit: Für ein gutes und gerechtes Bildungssystem reichen keine Sonntagsreden. Wir benötigen entschlossenes Handeln mit klaren Zielen und einer vernünftigen Finanzausstattung. Damit kein Kind verloren geht.

Mit guten Ideen in den Wahlkampf



(cz) „Ja zum Wechsel – in Berlin, München und Erlangen“ war das Motto des Kreativworkshops, den die stellvertretende Kreisvorsitzende Sandra Radue und Distriktsvorsitzender Christofer Zwanzig für die Erlanger SPD durchführten.

Alle GenossInnen waren dazu eingeladen, ihre Ideen für die anstehenden Wahlkämpfe einzubringen. In einer einführenden Präsentation analysierte SPD-Kreisvorsitzender Dieter Rosner die gesellschaftlich-politischen Rahmenbedingungen der anstehenden Wahlkämpfe und skizzierte die bereits weit vorangeschrittenen Planungen der Wahlkampfleitung.

In engagierten Arbeitsgruppen ging es dann an die Konzeption von Wahlkampfaktionen und -ideen. Neben einer Aktion zum Thema Bäder in Erlangen wurde unter anderem auch ein Konzept entwickelt, wie in den kommenden Wochen noch mehr Mitglieder für die Mitarbeit im Wahlkampf gewonnen werden können.

Die konzentrierte und sehr effektive Arbeit machte allen TeilnehmerInnen großen Spaß. An Ende waren sich alle einig: Neben einem zweiten Kreativworkshop, der zur Entwicklung weiterer Aktionsideen genutzt werden soll,soll auch ein Infostand- und Hausbesuchstraining angeboten werden.

Das Fotoprotokoll des Workshops könnt Ihr bei Christofer Zwanzig anfordern: Christofer@Zwanzig-online.de

Vorankündigung: Politischer Frühschoppen in Tennenlohe am 16. Juni mit dem Duo Wulli & Sonja

Tennenlohe, Am Bach 17, ca. 11:00 bis 14:00 Uhr

(rs) Mit möglichst vielen Stadträten und solchen, die es werden wollen, wollen wir beim politischen Frühschoppen den Dialog mit den Tennenloher Bürgerinnen und Bürgern suchen.

Zu erwarten: tolle Live-Musik, nette Gespräche, Fragen interessierter Bürger/innen.

Ausschank: Bier vom Fass, nichtalkoholische Getränke, ferner: Weißwürste und Wienerle, später Kaffee und Kuchen.

Die Tennenloher SPD freut sich über eine rege Teilnahme.

Jahreshauptversammlung: Vorstand im Amt bestätigt

(pd) Mit großen Mehrheiten wurde bei der Jahreshauptversammlung der Vorstand der Erlanger SPD weitgehend unverändert im Amt bestätigt. Der Kreisvorsitzende Dieter Rosner wurde mit 98 Prozent der Stimmen ebenso deutlich im Amt bestätigt wie seine beiden Stellvertreter Sandra Radue (96 Prozent) und Dirk Goldenstein (75 Prozent). Auch die Referentinnen, Referenten und Beauftragten wurden mit großen Mehrheiten gewählt. Neu im Vorstand sind Saskia Coerlin, die Sylvia Janik bei der Pressearbeit ablöst, und Manfred Dohmstreich, der anstelle von Elena Geck künftig das Organisationsreferat – gemeinsam mit Katharina Ullmann – betreut.

Dieter Rosner betonte in seiner Rede die Bedeutung der Wahlkämpfe 2013 und 2014 für die Erlanger SPD: „Wir haben ein klares Ziel vor Augen: Wir wollen gewinnen und zur gestaltenden Kraft werden (...) Wir wollen Dr. Florian Janik als Erlanger Oberbürgermeister, wir wollen eine starke SPD-Stadtratsfraktion, wir wollen einen Regierungs- und Politikwechsel für diese Stadt.“ Nun gelte es, geschlossen an einem Strang zu ziehen und das Unternehmen Wahlsieg erfolgreich auf den Weg zu bringen.

Rosner ging aber auch auf die Inhalte ein, für die die SPD eintreten muss. Für ihn ist Gerechtigkeit das zentrale Thema: „Wir sind und wir müssen Gerechtigkeitspartei bleiben. Willy Brandts Credo, dass Politik nur etwas taugt, wenn sie das Leben der Menschen besser macht, zielt genau auf die ab, die uns brauchen, die auf uns setzen, die uns aber nur vertrauen, wenn wir das ernst meinen mit der Gerechtigkeit als Maßstab und Kompass unserer Politik.“ Kritisch setzte sich Rosner daher mit der Agenda 2010 und ihren Folgen vor allem in der Sozialpolitik und dem Arbeitsmarkt auseinander.

Sandra Radue ging im Gleichstellungsbericht auf die mangelnde Präsenz von Frauen in der Außendarstellung der SPD ein. Gleichstellung sei ein zentrales Thema der SPD, schade sei aber, dass für die SPD – auch bei diesem Thema – fast nur Männer öffentlich wahrgenommen würden: „Versteht mich nicht falsch: Ich freue mich über jeden Mann, der für die Gleichstellung kämpft. Lieber wäre mir aber eine Parteivorsitzende oder eine Kanzlerkandidatin der SPD. Oder beides.“

(Wahlergebnisse, Gleichstellungsbericht und Rede von Dieter Rosner ab Seite 20)

Philipp Dees weiter Juso-Landesvorsitzender

(wv) Bei der Landeskonferenz der bayerischen Jungsozialisten wurde Ende März Philipp Dees mit 79,2 Prozent der abgegebenen Stimmen als Landesvorsitzender wiedergewählt. Dees ist seit 2010 Vorsitzender der bayerischen Jusos.

Nach der Abstimmung betonte er, dass jetzt die Wahlkämpfe im Bund, im Land und in den Kommunen für die Jusos wichtigste Aufgabe seien.

Für die Erlanger SPD gratulierten der Kreisvorsitzende Dieter Rosner und der Fraktionsvorsitzende und OB-Kandidat Dr. Florian Janik. Janik hob dabei hervor, dass Dees, der auch Direktkandidat der Erlanger SPD für den Landtag ist, aufgrund seiner hohen beruflichen Kompetenz ein wichtiger Impulsgeber für die energiepolitische Diskussionen sei. Seine fachliche Unterstützung der SPD-Stadtratsfraktion habe wesentlich dazu beigetragen, dass sich die Erlanger SPD unmissverständlich und klar in den Fragen der Energiewende – gerade auch

auf der städtischen Ebene – positionieren konnte.

Rosner unterstrich, dass Dees – trotz seines landesweiten Engagements – immer auch seinen SPD-Kreisverband Erlangen aktiv unterstütze. So habe er als Redakteur der Mitgliederzeitschrift „Monatsspiegel“ und als Mitglied des geschäftsführenden Kreisvorstands nie die „Bodenhaftung“ verloren.

Beide, Rosner und Janik, freuen sich auf eine weitere gute Zusammenarbeit in den bevorstehenden Wahlkämpfen.

Unterstützung für Radio Z

Das in Nürnberg ansässige Projekt Radio Z, das in der Medienvielfalt in unserer Region eine wichtige Rolle spielt, wichtige gesellschaftliche Themen aufgreift, für Teilhabe, Offenheit und Toleranz steht und vielen Minderheiten ein Sprachrohr bietet, ist durch die aktuellen Kürzungen der Bayerischen Landeszentrale für Neue Medien (BLM) in seiner bisherigen Arbeit gefährdet. Anders als in anderen Bundesländern ist die Förderung von Community-Medien in Bayern nicht gesetzlich abgesichert.

Die SPD-Fraktion forderte aus diesem Grund Stadtspitze und Stadtrat auf, den Radiosender per Resolution zu unterstützen. Sie soll lauten:

„Der Stadtrat fordert die Bayerische Landeszentrale für Neue Medien auf, die Kürzung der Programmförderung für Radio Z zurückzunehmen, und unterstützt die Kampagne ‚Medienvielfalt für Bayern‘, die sich für einen gesetzlich verankerten Förderauftrag für Community-Medien in Bayern ausspricht.“

SPD-Frauenempfang 2013:

Besucherinnen-Rekord und Frauenpower

(gn) Rund 150 Besucherinnen, darunter ein ganze Reihe Männer, die freiwillig Stehplätze einnahmen: Das ist die eindrucksvolle BesucherInnenbilanz beim SPD-Frauenempfang 2013 in der

Erlanger Orangerie. Die erfolgreichste Veranstaltung des SPD-Unterbezirks führte auch im 18. Jahr ihrer Durchführung viele unterschiedliche Frauen zusammen: Viele aktive und ehemalige SPD-Mandatsträgerinnen und interessierte SPD-Frauen aus Stadt und Landkreis, Gewerkschaftsfrauen, Frauen aus den Netzwerken der Wirtschaft, aus Frauenzentrum, Frauenhaus und der Gleichstellungsstelle, aus Vereinen und Verbänden. Der Bogen war auch 2013 wieder weit gespannt: Von der stellvertretenden Vorsitzenden des AusländerInnen- und Integrationsbeirates, Lütfiye Yaver über die Leiterin der Geschäftsstelle Erlangen der Bundesagentur, Sigrid Katholing, bis zu Susanne Lender-Cassens, Fraktionsvorsitzende der Grünen Liste im Erlanger Stadtrat, Gisela Marquardt, der Gleichstellungsbeauftragten des Polizeipräsidiums Mittelfranken und Kornelia Gallwas von Amnesty International und darüber hinaus reichte das gesellschaftlichen Spektrum. OB-Kandidat Florian Janik zeigte nicht nur seine Solidarität, er packte zusammen mit einer ganze Reihe von Jusos tatkräftig mit an bei der Bewirtung mit Sekt und Häppchen. Großes Lob für diesen arbeitsintensiven Einsatz beim Frauenempfang! Dezibella, der hinreißende Erlanger Frauenchor, bewies musikalisch wieder einmal: Wenn Frauen gemeinsam auftreten, sind sie unüberhörbar.

Stadt- und Bezirksrätin Gisela Niclas, als stellvertretende Unterbezirksvorsitzende zusammen mit dem ASF-Unterbezirksvorstand Organisatorin des Frauenempfangs, nutzte wie immer ihre Begrüßung zur kritischen Bestandsaufnahme in Sachen Frauenpolitik: Nichts Neues aus Berlin und München. Zur aktuellen Sexismus-Debatte stellte sie unter starkem Beifall fest: „Die Journalistin Laura Himmelreich hat mit ihrem Herrenwitz-Porträt über Rainer Brüderle am 24. Januar 2013 im Stern ein solide recherchiertes Porträt über einen Politiker veröffentlicht, für den anzügliche sexistische Äußerungen nachweislich zum alltäglichen Kommunikationsverhalten gehören. Von Politikern wie Rainer Brüderle haben wir in Sachen Gleichstellung nichts, aber auch gar nichts zu erwarten und es ist gut, dass dies gerade in einem Wahljahr öffentlich gemacht wird!“ Sie kündigte an, dass die ASF-Frauen dieses Thema weiter verfolgen werden und forderte erneut mehr Einmischung von Frauen in die Politik: „Wer die Gleichstellung will, wer die Milliardenverschwendung Betreuungsgeld, die Benachteiligung durch Sexismus und das Armutsrisiko für Frauen stoppen will, muss sich selbst in die Politik, auch in die Parteipolitik, einmischen.“

Die Gastrednerin des diesjährigen Frauenempfangs, Diana Liberova, 1981 in St. Petersburg geboren, inzwischen Vorsitzende des Rates für Integration und Zuwanderung der Stadt Nürnberg, beleuchtete in einer heiter-kämpferischen Rede mit großem inhaltlichen Tiefgang die Gleichstellungspolitik in ihrer Wahlheimat Deutschland. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, das Recht auf Selbstbestimmung und Schutz vor Gewalt, gleiche Chancen in Ausbildung und Beruf sind für sie universelle Anliegen von Frauen gleich welcher Nationalität. Für Frauen mit Migrationshintergrund forderte sie insbesondere Verbesserungen bei der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse. Als Pädagogin und Trainerin für interkulturelle Bildung plädierte sie entschieden dafür, Kinderbetreuung vor allem unter dem Gesichtspunkt „Bildung“ als eigenständige politische Aufgabe zu betreiben und nicht dem Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ für Frauen unterzuordnen.

Daran konnten Martina Stamm-Fibich, Bundestagskandidatin, Alexandra Hiersemann, Landtagskandidatin für den Stimmkreis Erlangen-Höchstadt, und Gisela Niclas, Kandidatin für den Bezirsktag, nahtlos anknüpfen: Martina unterstrich mit aller Deutlichkeit die Notwendigkeit eines gesetzlichen Mindestlohn, die Durchsetzung von Entgeltgleichheit und die Begrenzung von Minijobs und Leiharbeit; Alexandra forderte unter Bezug auf das SPD-Konzept „Gemeinschaftsschule“ gleiche Chancen in der Bildung unabhängig vom Geldbeutel der Eltern und schulische Bildung ohne frühzeitige Auslese. Bezirksrätin Gisela Niclas hatte zuvor in ihrer Begrüßung bereits einen ihrer Schwerpunkte in ihrer Bezirkstagsarbeit aufgezeigt: Die bezirksweite Beschäftigungssituation in den Bereichen Eingliederungshilfe, Pflege und medizinische Versorgung, z.B. in den Bezirkskliniken. Hier arbeiten überwiegend Frauen und hier geht es um Entgeltgleichstellung zwischen dem öffentlichem Dienst und den Sozialverbänden sowie um bessere Bezahlung insgesamt. Das Thema gesellschaftliche und finanzielle Aufwertung dieser Berufe steht unter dem Motto „Viel Dienst! Wenig Verdienst!“ auch am 21. März 2013, dem Equal Pay Day, im Mittelpunkt der Aktionen.

March for Feminism – Jusos kämpfen für Frauenrechte anlässlich des Internationalen Frauentags

(kh) Der Internationale Frauentag wurde erstmals 1911 begangen, im Mittelpunkt stand damals in erster Linie die Forderung nach dem Frauenwahlrecht.

Beschlossen wurde die Einführung des Internationalen Frauentages 1910 von der II. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz, wobei Clara Zetkin die maßgebliche Initiatorin war. Seit 1977 ist der 8. März nun durch die UNO weltweit festgesetzt als der Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden, oder kurz Internationaler Frauentag.

Da wir Jusos uns unter anderem auch als feministischer Richtungsverband verstehen und die Gleichstellungspolitik gerade bei uns Erlanger Jusos einen hohen Stellenwert einnimmt, war es uns ein wichtiges Anliegen, dieses Jahr anlässlich des internationalen Frauentags mit einer Aktion an die Öffentlichkeit zu gehen. Wir verteilten in der Erlanger Innenstadt Flyer, um die PassantInnen darauf aufmerksam zu machen, dass die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter noch nicht erreicht ist und Frauen beispielsweise nach wie vor schlechtere Karrierechancen haben als Männer. „Chefin sein kannst du zu Hause!“ bekamen sie auf Postkarten mitgeteilt. Doch das ist selbstverständlich nicht unsere Vorstellung von Gleichstellung, deshalb erteilten wir den Frauen dabei natürlich sofort die klare Aufforderung: „Änder das!“ Dazu gab es dann noch eine Infobroschüre, in der erläutert wird, wie wir Jusos die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter erreichen wollen. Außerdem wurde ein „Frauenquiz“ an die Leute verteilt, das sie dazu ermuntern soll, sich beispielsweise mit bedeutenden Frauen aus verschiedenen Bereichen der Gesellschaft, Etappen auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung wie die Einführung des Wahlrechts für Frauen, oder auch alltäglichen Fragen wie der Verteilung der Hausarbeit auf die Geschlechter auseinanderzusetzen. Unter den richtigen Einsendungen werden Preise verlost. Da Gleichstellungspolitik jedoch kein reines Frauenthema ist und sich unserer Meinung nach auch die Männer gleichermaßen mit dem Thema befassen sollten, wurden dabei gezielt auch männliche Passanten angesprochen.

Leider ließ sich bei einem nicht unbeträchtlichen Teil der Angesprochenen ein starkes Desinteresse feststellen, gerade auch bei Frauen. Der Internationale Frauentag und das Engagement für Gleichstellung an sich wurden dabei oft als unwichtig abgetan mit der Begründung, dass doch inzwischen gleichstellungstechnisch schon alles erreicht sei und es diesbezüglich keinerlei Missstände mehr gäbe. Tatsächlich konnte die Frauenbewegung in der Vergangenheit schon sehr viel erreichen, so dass Frauen auf dem Papier inzwischen faktisch gleichberechtigt sind: Viele Kämpfe wurden geführt und gewonnen, um das Wahlrecht, die Verankerung der Gleichberechtigung im Grundgesetz, um mehr Freiheit und Emanzipation.

Die Tatsachen, dass Frauen für gleiche Arbeit durchschnittlich 22 Prozent weniger Gehalt bekommen als ihre männlichen Kollegen und dass sie in Führungspositionen noch sehr unterrepräsentiert sind, weisen allerdings klar darauf hin, dass wir von einer tatsäch-

SPD Erlangen bei der Fukushima-Mahnwache

(pr) Auch die Erlanger SPD (im Bild u.a.: Landtagskandidat Philipp Dees und OB-Kandidat Dr. Florian Janik) war bei der Mahnwache zum zweiten Jahrestag der Fukushima-Katastrophe im März auf dem Hugenottenplatz vertreten. Gemeinsam mit rund 120 weiteren Bürgerinnen und Bürgern gedachten wir der Katastrophe, bei der zu viele Menschen ihr Leben lassen mussten. Darum sagen wir, dass es kein Zurück aus dem Atomausstieg geben darf – JA zur sozialen Energiewende!

lichen Gleichstellung der Geschlechter noch weit entfernt sind. In einigen Köpfen herrscht darüber hinaus nach wie vor das alte Rollenbild, das Frauen in erster Linie als Hausfrauen und Mütter vorsieht, während der Mann Karriere macht und mit seinem Gehalt

die Familie ernähren soll. Dieses traditionelle Familienmodell wird durch das Ehegattensplitting derzeit auch noch steuerlich vom Staat begünstigt. Doch das ist noch nicht alles: Prekäre Arbeitsbedingungen, Teilzeit, Berufe mit schlechten Aufstiegsmöglichkeiten, Altersarmut... All diese Missstände sind überwiegend weiblich.

Die aktuelle Debatte zum Thema Sexismus zeigt zudem, dass Frauen und Mädchen häufig Opfer männlicher Gewalt sind, sodass fast jede zweite Frau in Deutschland bereits körperliche oder sexuelle Gewalt erlebt hat. Dies hinterlässt schwerwiegende seelische Schäden. Die große Resonanz zeigt hier, dass es sich nach wie vor lohnt, für Frauenrechte zu kämpfen. Die Ignoranz der zuständigen Ministerin diesbezüglich sollte man sich auch keinesfalls zum Vorbild nehmen, sondern vielmehr als Ansporn sehen, die Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Der internationale Frauentag hat somit auch heute noch nichts von seiner Bedeutung verloren, und das verbreitete Desinteresse daran, insbesondere auch von Frauen selbst, sollten wir keinesfalls als Vorwand nehmen, die Gleichstellungspolitik zurückzustellen, weil ein Großteil der Frauen sich mit der jetzigen Situation offensichtlich abgefunden hat – im Gegenteil sollte es uns dazu veranlassen, die Frauen auf diese noch bestehenden Missstände deutlich hinzuweisen und sie dabei zu ermutigen, dies nicht weiter hinzunehmen und sich mit dem bisher Erreichten noch nicht zufrieden zu geben. Gleiche Rechte auf dem Papier sind natürlich eine wichtige Errungenschaft, sie sind uns aber definitiv noch nicht genug – wir wollen die tatsächliche Gleichstellung der Geschlechter, wo Frauen auf der Karriereleiter nicht mehr trotz gleicher Qualifikation hinter ihren männlichen Kollegen zurückbleiben, Hausarbeit und Kindererziehung nicht mehr als reine Frauenarbeit betrachtet, sondern von beiden Geschlechtern partnerschaftlich verrichtet wird und Frauen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf möglich ist, weil es ausreichend Betreuungseinrichtungen für ihre Kinder gibt und sie nicht mehr mit einem „Betreuungsgeld“ für die reine Mutterrolle abgespeist werden. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der die derzeitigen Geschlechterstereotypen in den Köpfen der Leute endgültig überwunden sind und beispielsweise Automechanikerinnen und Männer in Erziehungsberufen als völlig „normal“ betrachtet werden. Wir werden uns

erst zufrieden geben, wenn dies alles so selbstverständlich ist wie heute das Frauenwahlrecht, für das unsere sozialistischen Vorgängerinnen zum ersten Internationalen Frauentag eingetreten sind.

Wirtschaftspolitischer Arbeitskreis

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 17. April, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Themen:
- Aktuelles
- Weitere legen wir erst am 20. März (nach Redaktionsschluss) fest

Wie jeder Arbeitskreis des Kreisverbands ist auch der WiPo-AK natürlich offen für alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht.

Helmut Pfister

Arbeitskreis „Frieden und Internationalismus“

Wir treffen uns wieder am

Mittwoch, 3. April, 20 Uhr, August-Bebel-Haus

Themen:
- Aktuelles, Rüstungsexport
- Fortsetzung unserer Arbeit entlang einer strukturierten Stoff- und Fragensammlung (s. www.fen-net.de/dr.helmut.pfister unter „Internationalismus reloaded“):
  - Ergebnis-Thesen zu Abschnitt 1: Fakten und Prozesse, „Geschichtliche Hintergründe“ und „Militarisierung der Außen- und Entwicklungspolitik“
  - Fortsetzung der Diskussion zu Abschnitt 1, Teil „Innere Militarisierung“
  - Diskussion zu Abschnitt 1, Teil „Ideologie“ (Helmut Pfister).

Wir laden alle Interessierten, ob SPD-Mitglieder oder nicht, herzlich ein, mitzuarbeiten, mitzudiskutieren oder auch nur erstmal zuzuhören, je nach Gusto.

Helmut Pfister

Mietergemeinschaft der GBW in Erlangen stellt sich vor

Von Michael Worm
Vorsitzender der Mietergemeinschaft der GBW in Erlangen

Die Mietergemeinschaft der GBW in Erlangen ist eine Gruppe von inzwischen 63 Mitgliedern. Der Vorstand wurde am 16. Januar . 2013 gewählt. 1. Vorsitzender ist Michael Worm, 2. Vorsitzende Helga Sirotek, Schriftführerin Elke Aust, Schatzmeister Wolfgang Tharas und Günter Pistel.

Das Ziel ist es zu erreichen, dass die GBW-Wohnungen in kommunale Hände kommen. Zumindest soll erreicht werden, dass vor dem Verkauf Sozialstandards festgelegt werden, die diesen Namen auch verdienen und damit auch die geltenden Mietverträge rechtsverbindlich ergänzt werden, da es sicher erscheint, dass ein privater Investor nur gewinnorientiert wirtschaften wird und zu erwarten ist, dass sowohl Bestandsmieten wie auch Neuvermietungsmieten so maximal wie möglich angehoben werden. Dies wird letztlich auch Auswirkungen auf den Erlanger Mietenspiegel haben und betrifft damit alle Mieter. Vor allem ist das „Abschmelzen“ von Wohneinheiten in private Hände zu befürchten. Von den vorhandenen Mietern sind mit Sicherheit wenige in der Lage, ihre Wohnung in diesem Falle auch käuflich zu erwerben.

Die Mietergemeinschaft ist aus einer losen Interessengemeinschaft von GBW-Mietern entstanden, die sich anlässlich einer SPD-Informations-Veranstaltung zum geplanten Verkauf der Aktien der GBW Group in der Jean-Paul-Schule im April 2012 zusammenfanden.

Die meisten Besucher dieser Veranstaltung hörten zum ersten Mal, was ihnen drohte und einige beschlossen, sich häufiger zu treffen, um etwas zu unternehmen.

MdL Angelika Weikert und die Erlanger SPD-Fraktion hatten schon eine Petition an den Bayerischen Landtag und Briefe an Herrn Seehofer vorbereitet. Für diese Petition wurden noch über die Jean-Paul-Schule hinaus Unterschriften von Mietern gesammelt. Diese wurden Innenminister Herrmann übergeben.

Die Erlanger GBW-Mieterinitiative bei einer Demonstration vor dem Erlanger Rathaus, unterstützt von Angelika Weikert (links) und Gisela Niclas (2. von links)

Die Mieter gingen trafen sich, um weitere Informationen zu erhalten und um eigene Aktionen zu planen. Sprecherin war Anja Barth. Es wurde eine Bürgerfragestunde für den 28. Juni 2012 zum Thema GBW-Verkauf im Erlanger Rathaus beantragt und auch durchgeführt. Es kamen so viele Mieter, dass der Saal nicht ausreichte und noch viele Mieter vor dem Saal standen.

Die nächste Aktion war eine gut besuchte Veranstaltung am 19. Juli 2012 mit Podiumsdiskussion im Redoutensaal. Die Erlanger Landtagsabgeordneten Innenminister Joachim Herrmann (CSU), MdL Angelika Weikert (SPD), MdL Christine Stahl (Grüne) und MdL Jörg Rohde (FDP) bezogen Stellung..

Da Anja Barth aus gesundheitlichen Gründen für längere Zeit ausfiel, übernahm Michael Worm die Rolle des Sprechers der Initiative. Während der ganzen Zeit wurden von Mitgliedern der Ministerpräsident, Minister, Landräte, Stadträte, Abgeordnete aller Fraktionen im Europaparlament massiv angeschrieben und um Stellungnahme gebeten.

Es wurden Kontakte zu anderen Mietergemeinschaften in Nürnberg und München gesucht und auch hergestellt.

Am 29. November 2012 zogen Mieter mit Spruchbändern und Trillerpfeifen vom Hugenottenplatz zum Rathausplatz, um ihre Angst auszudrücken, dass Erlangen sich nicht am Städtebündnis mit München und Nürnberg beteiligt. Es gab eine Live-Übertragung ins Bayerische Fernsehen. Im Anschluss zogen die Demonstranten in den Rathaussaal zu einer Bürgerfragestunde. Im Februar wurden Mahnwachen vor dem Rathaus durchgeführt.

Es wurden Kontakte zu den Erlanger Bürgermeisterinnen und der CSU-Stadtratsfraktion aufgenommen, um zu versuchen, im direkten Gespräch das Thema aus Mietersicht darzustellen und zu zeigen, dass die Mietergemeinschaft an einer konstruktiven Lösung interessiert ist. Auch wurde ein Gespräch mit Innenminister Joachim Herrmann geführt.

Zu den regelmäßigen Versammlungen im Untergeschoss des Gemeindehauses St. Matthäus werden Gäste eingeladen, wie zuletzt Fr. Dr. Preuß, Dr. Florian Janik und RA Reinhard Urban.

Die Mietergemeinschaft ist für jede Unterstützung sehr dankbar!

Die Mietergemeinschaft kann kontaktiert werden unter: mietergemeinschaftgbw@o2mail.de

Martin Scheidig wird 90

Von Dr. Dietmar Hahlweg
Altoberbürgermeister

Martin Scheidig wurde am 17. April 1923 in Bruck geboren – ein Jahr bevor der Markt Bruck nach Erlangen eingemeindet wurde. Sein Vater – Jean Scheidig – hatte damals als Brucker SPD-Gemeinderat diese formelle Anbindung an Erlangen vehement betrieben, da er nur so eine gute Entwicklung für die Marktgemeinde Bruck gewährleistet sah.

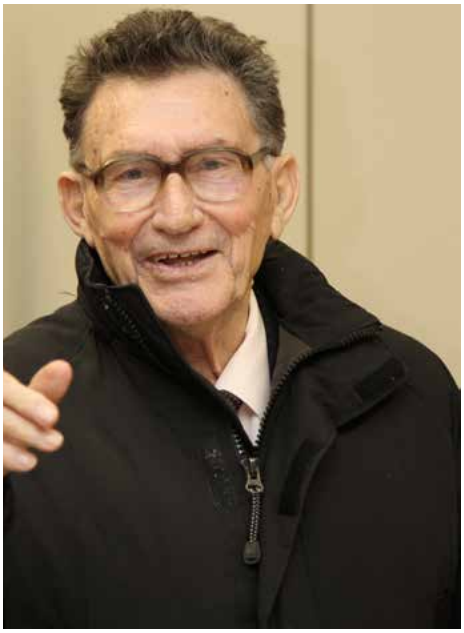
Nach Kriegsdienst und Gefangenschaft begann Martin Scheidig 1948 seine berufliche Laufbahn bei der Firma Friesecke & Höpfner, wo er es bis zum Technischen Leiter der Qualitätsprüfung Elektronik brachte. Von Anfang seiner beruflichen Tätigkeit an war Martin Scheidig Mitglied der Industriegewerkschaft Metall. Schon 1948 wurde er von seinen Kolleginnen und Kollegen zum Vertrauensmann gewählt. Von 1970 bis zu seinem Ausscheiden aus der Firma Friesecke & Höpfner wirkte er als Betriebsrat.

1969 trat Martin Scheidig in die SPD ein und folgte damit der Familientradition. Als „gestandener“ Brucker hat er viel für das Zusammenwachsen der „alten“ Brucker und der vielen zugezogenen „neuen“ jungen Genossinnen und Genossen getan. Martin Scheidig ist kein Mann vieler Worte und langer Diskussionen. Er ist ein Mann der Tat. Und so hat er für Bruck Vieles bewegt – beharrlich und ohne großes Aufheben.

1978 wurde er in den Erlanger Stadtrat gewählt. Er wirkte in vielen Ausschüssen und anderen Stadtratsgremien. Unabhängig davon entwickelte er unzählige erfolgreiche Initiativen und Projekte zum Schutz und zum Erhalt von historischer Bausubstanz in Bruck: Der Erhalt des Brucker Rathauses, des Regnitz-Wehres, des Schlösschens in der Fürther Straße, des Hirtenhauses, die Freilegung einer Mikwe (jüdisches Ritualbad) in einem Privathaus – das sind nur Beispiele für sein erfolgreiches Wirken. Seine vielfältigen Aktivitäten für seinen Stadtteil haben Martin Scheidig den Titel „Bürgermeister von Bruck“ eingebracht. Auch die Fuß- und Radwegeverbindung nach Frauenaurach geht auf die Hartnäckigkeit von Martin Scheidig zurück.

Er war und ist Mitglied in vielen Vereinen. Von Jugend an gehört sein Herz dem FSV Bruck. Die Platzerweiterung „seines“ Vereins im Jahre 1983 betrachtet er zu Recht als einen der größten Erfolge seiner Arbeit für Bruck.

Weiten Reisen eher abgeneigt, hat er sich im Rahmen der Partnerschaftsbeziehungen zu Rennes in Frankreich und Wladimir in Russland vor allem für die Versöhnung mit den ehemaligen Kriegsgegnern stark gemacht. Die Kontakte mit Veteranen aus Rennes und Wladimir waren Martin Scheidig dabei eine ganz besondere Herzensangelegenheit.



Die Verdienste von Martin Scheidig für die Stadt Erlangen und zum Wohle der Bürgerschaft sind in einer Festsitzung des Stadtrates am 27. Juli 2001 mit der Verleihung der Bürgermedaille gewürdigt worden.

Die Erlanger SPD hat Martin Scheidig am 18. Dezember 2006 für seine Verdienste mit der August-Bebel-Uhr geehrt.

Im Namen der Erlanger SPD wünsche ich Dir, lieber Martin, alles Gute, vor allem Gesundheit. Persönlich bleibe ich Dir in großer Dankbarkeit für Deine stets so vertrauensvolle Unterstützung verbunden.
Dein Dietmar Hahlweg

Herzlichen Glückwunsch, Gerd Peters!

Von Philipp Dees
Monatsspiegel-Referent

Am 4. April kann Gerd Peters seinen 70. Geburtstag feiern. Für die Erlanger SPD, den Distrikt West, vor allem aber ganz persönlich möchte ich dir, lieber Gerd, ganz herzlich zu diesem runden Geburtstag gratulieren! Verbunden ist diese Gratulation mit einem herzlichen Dank für deine Arbeit, die du für den Kreisverband (derzeit als Revisor) und den Distrikt (zur Zeit als Vorsitzender) leistet und in den letzten Jahrzehnten geleistet hast. Und auch ganz persönlich möchte ich dir danken für die Unterstützung, die du mich an verschiedenen Stellen in den letzten Jahren hast erfahren lassen.

An dieser Stelle könnte eine Aufzählung all der Funktionen stehen, die du in der Erlanger SPD wahrgenommen hast, seit du in den 1970er Jahren – wie viele in der Erlanger SPD zunächst von Bruck aus – begonnen hast, für die Erlanger SPD zu arbeiten. Du bist ja in mehrfacher Hinsicht mein Vorgänger, beim Monatsspiegel genauso wie als Kassier im Distrikt West – während du als Distriktsvorsitzender gleichzeitig auch mein Nachfolger bist. Alles aufzuzählen, würde mir aber einerseits nicht gelingen – schon allein, weil mir mangels Alter der Überblick über deine komplette „Laufbahn“ fehlt –, es würde dir aber auch nicht gerecht werden. Denn so, wie ich dich kennengelernt habe, ging es dir nie darum, Posten zu sammeln. Du wolltest und willst vor allem Politik mit gestalten, deine Positionen, Meinungen und Erfahrungen einbringen und zur Diskussion stellen.

Dabei warst und bist du immer auch „unbequem“. Denn du vertrittst deine Positionen konsequent, und du hast

Freude am Diskurs und manchmal auch an der Zuspitzung. Da hat der eine oder die andere schon mal „leidvolle“ Erfahrungen gemacht. Aber: Dir geht es bei solchen Debatten immer um die Sache, nicht um persönliches. Und die Erfahrungen, die du – auch aus deiner beruflichen Mitarbeit am IAB – einbringen kannst, bringen häufig auch weiter.

Ich habe dich auch als jemanden erlebt, der zuverlässig und „geräuschlos“ die Aufgaben erledigt, die er übernimmt. Das gilt für die Organisation der Arbeit im Distrikt – von der Vorbereitung und Durchführung der Versammlungen bis zur Organisation des Westbosten und von dessen Verteilung

– genauso wie für die im Kreisverband. Auch deshalb bist du für die Erlanger SPD eine wichtige Stütze.

Lieber Gerd, zu deinem Geburtstag nochmal herzlichen Glückwunsch! Ich wünsche dir viel Erfolg bei den „Projekten“, die du dir privat – zum Beispiel als Großvater – und in der Partei vorgenommen hast: Zu nennen ist hier vor allem die Projektgruppe zur Geschichte der Erlanger SPD seit den 1970er Jahren, die du gemeinsam mit Heide Mattischeck, Dietmar Hahlweg und anderen angestoßen hast. Wir sind gespannt auf die Ergebnisse, die ihr uns präsentieren werdet!

Perspektiven für afghanische Angestellte im Zuge des Bundeswehrabzugs 2014

Antrag an die Kreismitgliederversammlung am 18. April

AntragsstellerIn: Jusos Erlangen
AdressatInnen: SPD-Unterbezirk Erlangen, SPD Mittelfranken, SPD Bayern, SPD-Bundesparteitag

Antrag:
Die Erlanger SPD fordert eine Perspektive für die zivilen afghanischen MitarbeiterInnen der Bundeswehr und deutscher Stiftungs- und Hilfswerke im Zuge des geplanten und absehbaren Abzuges der ISAF-Kontingente. Eine Ausweitung auf die Beschäftigten von multinational betriebenen Einrichtungen und Basen soll geprüft werden, so eine maßgebliche deutsche Beteiligung vorliegt und kein anderes Land den dort Beschäftigten ein Angebot macht, das ihre Sicherheitsbedürfnisse angemessen adressiert.

Es soll den einheimischen MitarbeiterInnen sowie ihren unmittelbaren Familien (EhepartnerInnen und Kindern) dazu die Ausstellung eines Aufenthaltstitels in Form einer „Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG“ oder zumindest einer „Niederlassungserlaubnis“ (nach AufenthG) für die Bundesrepublik Deutschland angeboten werden. Über die zusätzliche Ausgabe von Aufenthaltstiteln an weitere Familienmitglieder (Bsp.: von den Betreffenden versorgte Eltern) ist auf begründeten Antrag unbürokratisch zu entscheiden, Ansiedlungswünsche von Angestellten anderer Bündnispartner zum Zwecke der Familienzusammenführung sind im Einzelfall sachlich zu prüfen und bei Vertretbarkeit zu gewähren.

Die Integration der UmsiedlerInnen ist durch ein eigens initiiertes Programm zu unterstützen. Insbesondere ist die zukünftige ökonomische Eigenständigkeit der Betroffenen durch die Erlangung und Vertiefung von Berufsqualifikationen sicherzustellen. Alternativ soll eine Abfindung in Höhe von drei Jahresgehältern (Stand letzte Bezüge) offeriert werden, um es den ehemaligen Angestellten und ihren Angehörigen zu ermöglichen, sich dem Zugriff möglicher Racheakte, die bereits jetzt ein erhebliches Bedrohungspotential bilden und in nicht wenigen Fällen auch schon ausgeführt wurden, zu entziehen.

Die Kosten für oben genannte Maßnahmen sind aus dem Etat des Bundesministeriums der Verteidigung zu bestreiten.

Dabei darf allerdings nicht vergessen werden, dass diese Maßnahme nur ein kleinen Teil der komplexen Problematik rund um Afghanistan adressiert und selbstverständlich weiterhin nach Möglichkeiten gesucht werden muss, das Land – ohne weitere Anwendung militärischer Gewalt – in seiner zukünftigen Entwicklung zu unterstützen. Durch die gegenwärtige Sicherheitslage ist jedoch jedes weitere rein zivile Engagement sehr erschwert. Hingegen wäre die hier vorgeschlagene Maßnahme eine gute Möglichkeit, um Menschen, deren Lebenssituation direkt aus dem ISAF-Einsatz resultiert, ganz konkret und schnell zu helfen und ihnen so eine Perspektive zu geben.

Begründung:
Der Ende 2001 beschlossene Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der durch den UN-Sicherheitsrat mandatierten NATO-geführten ISAF-Operation steht – nach Ankündigung und Planung der Bundesregierung – vor seinem Ende. Wenn auch darüber hinaus eine militärische Präsenz der Bundeswehr nicht auszuschließen ist, so ergibt sich mit der vollständigen Übergabe der Sicherheitsverantwortung in afghanische Verantwortung eine veränderte Situation. Es erscheint nämlich zunehmend zweifelhaft, ob die Verbände der ANA (Afghanistan National Army) sowie die Polizeistreitkräfte die innere Sicherheit ohne Unterstützung durch Koalitionstruppen zumindest auf dem jetzigen (leider auch alles andere als zufriedenstellenden) Stand aufrechterhalten können.

Da die für die Operationsfähigkeit der Koalitionstruppen unabdingbaren

einheimischen Hilfskräfte bereits in der Vergangenheit unter einer Vielzahl von Repressalien und sogar Anschlägen zu leiden hatten, ist ihr Verbleib nach Abzug der ISAF-Truppen unvertretbar. Gleiches gilt für lokale Kräfte der politischen Stiftungen und privater Hilfswerke, denen ebenso wie den bei der ISAF Angestellten häufig „Kollaboration mit dem Feind“ und „unislamisches Verhalten“ unterstellt wird, „Verbrechen“, die nach Auffassung ihrer meist (noch) anonymen Ankläger mit dem Tod oder zumindest schwersten Körperstrafen bestraft werden müssen.

Der Einsatz am Hindukusch wurde in erster Linie immer als humanitäre Aktion gerechtfertigt. Es hat sich inzwischen jedoch klar herausgestellt, dass der Versuch, hier mit militärischen Mitteln die komplexen Probleme zu lösen und eine tatsächliche Verbesserung der Lebenssituation für die Menschen in Afghanistan herbeizuführen, klar gescheitert ist und Kriege wohl niemals wirklich „humanitär“ sein können.

Durch die Art und Weise der Durchführung dieses Einsatzes und seiner Verquickung mit US-„Counter-Terrorism"-Operationen werden die ISAF-Soldaten von der afghanischen Bevölkerung (der sie ja eigentlich helfen sollten) zudem oft als feindlich gesinnte Besatzer wahrgenommen. Gerade unter diesem Gesichtspunkt trägt auch Deutschland als Beteiligter an dem ISAF-Einsatz eine Verantwortung für die oftmals idealistisch motivierten einheimischen PartnerInnen.

Zwar ist klar, dass ein entwicklungsfähiges Afghanistan gebildete und engagierte Menschen dringend benötigt, jedoch ist dies als Grund für eine Verweigerung einer Aufnahme dieser ehemaligen MitarbeiterInnen in unserem Land unzulässig. Wer sich aufgrund des vorangegangenen Arbeitsverhältnisses in Todesgefahr wähnt, wird sich ohnehin kaum zivilgesellschaftlich betätigen und sich damit weiter exponieren wollen – verlangen kann man dies erst recht von Niemandem. Stattdessen sollen den Betroffenen in Deutschland neue Lebenschancen eröffnet werden.

Unabhängig von jeder ethischen oder moralischen Notwendigkeit für die hier geforderten Maßnahmen sei ferner auf einige besondere Charakteristika dieser Gruppe hingewiesen. Diese sollen jedoch ausdrücklich NICHT als Argumente für eine Aufnahme verstanden werden, sondern stattdessen offensichtliche Vorbehalte adressieren.

- Sämtliche Angestellten wurden vor Beginn und im Laufe ihrer Tätigkeit für die Bundeswehr oder deutsche Organisationen mehrfach intensiv auf mögliche Verbindungen zu fundamentalistisch-islamistischen Kreisen und zur organisierten Kriminalität geprüft.
- Durch die zumeist langjährige Tätigkeit liegen umfassende Kenntnisse über Fähigkeiten und Charakter der AntragstellerInnen vor.
- Aus der Verwendung einheimischer Hilfskräfte (zumindest jener, die aufgrund ihrer öffentlichen Exposition mit hoher Sicherheit einen Aufenthaltstitel anstreben), die zumeist als landeskundige FührerInnen und DolmetscherInnen arbeiten, ergibt sich eine Zusammensetzung dieser Gruppe, die für eine Integration in die deutsche Gesellschaft sehr günstig ist. Nicht nur sind bereits deutsche oder zumindest englische Sprachkenntnisse vorhanden, generell kann mit einem gegenüber der afghanischen Allgemeinbevölkerung stark erhöhten Bildungsgrad gerechnet werden.
- Es geht insgesamt um recht wenige Personengruppen: 1.600 Menschen arbeiten laut deutschem Innenministerium für die vier anwesenden Bundesministerien, noch einmal ca. 400 für in Deutschland basierte NGOs und Stiftungen.
- Gerade die gesellschaftlich engagierten und durch ihre Arbeit befähigten bisherigen MitarbeiterInnen wären nach ihrer Umsiedlung eine enorme Hilfe bei der Bewältigung des stetigen und zukünftig vermutlich noch steigenden Stromes afghanischstämmiger Asylsuchender. Gleichzeitig hätten sie selbst durch die große afghanische Gemeinschaft in Deutschland wichtige Anknüpfungspunkte.

Wir gratulieren zum Geburtstag

Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im April Geburtstag feiern. Wir wünschen euch für euer nächstes Lebensjahr alles Gute

01.04. Renate Habermeier-Straube
72 Jahre

01.04. Wolfgang Kummer
65 Jahre

02.04. Karl-Heinz Bauer
60 Jahre

04.04. Gerd Peters
70 Jahre

08.04. Andreas Lochner
77 Jahre

14.04. Martin Böller
72 Jahre

15.04. Manfried Symanek
81 Jahre

15.04. Martha Beck
60 Jahre

17.04. Martin Scheidig
90 Jahre

17.04. Paul Hartner
88 Jahre

20.04. Waltraut Symanek
79 Jahre

20.04. Claus Uhl
74 Jahre

20.04. Armin Braun
74 Jahre

22.04. Heinrich Häusinger
75 Jahre

24.04. Herbert Ziegler
65 Jahre

27.04. Heide Wegener
81 Jahre

27.04. Heidrun Schroeder
76 Jahre

27.04. Ruth Maly
76 Jahre

28.04. Brunhilde Hummich
73 Jahre

Die Erlanger Naturfreunde werden 100

Von Gisela Niclas
Vorsitzende der Naturfreunde Erlangen

Liebe Genossinnen und Genossen,
herzlichen Dank im Namen aller Erlanger NaturFreunde, dass ich euch unseren Verein (wieder) ein bisschen näher bringen darf: In diesem Jahr feiern wir unser 100jähriges Jubiläum. Daher zunächst ein kleiner Rückblick in die Geschichte.

Die Anfänge der Naturfreundebewegung liegen in Österreich
1895 gründeten in Wien Alois Rohrauer und der spätere österreichische Kanzler Karl Renner eine lose touristische Gruppe nach der Grundidee des sozialdemokratischen Lehrers Georg Schmiedl. Dessen Anliegen war es, „die Arbeiter aus der Enge der Wohnungen sowie aus dem Dunst der Fabriken und Wirtshäuser hinaus zu leiten in die herrliche Natur“ (Chronik der internationalen NaturFreundeBewegung, 2009). Die Gruppe wurde zum Verein, die NaturFreunde-Bewegung nahm ihren Anfang und erlebte eine rasante Entwicklung. Die Möglichkeit, gemeinsam mit Gleichgesinnten, die sich für Demokratie und soziale Gerechtigkeit einsetzten, die Schönheiten der Natur zu erleben, fand auch in Bayern sehr schnell Zuspruch. Natur zu erleben war für die Fabrikarbeiter und ihre Familien keine Selbstverständlichkeit. Seeufer, Berggipfel, Wiesen und Wälder befanden sich vielfach im Privatbesitz: Nutzung und Durchgang verboten! Die Forderung nach gleichberechtigter Teilhabe an der Natur, aber auch an Kultur und Bildung wurde zum Kernanliegen. Der bis heute übliche Gruß „Berg frei“ ist die Kurzform des Programms der NaturFreunde. Sie waren als politische Organisation lange Zeit Teil der Sozialdemokratie, sie waren die grünen Roten am Beginn des 20. Jahrhunderts.

Die Gründung in Erlangen hatte Fürther Geburtshelfer
Im Jahre 1913 ermutigte der Obmann der Fürther Naturfreunde die Wanderfreunde aus der Hugenottenstadt, eine eigene Ortsgruppe zu gründen. Am 1. März 1913 kam es zur Gründungsversammlung. Von der sozialdemokratischen Führung der Arbeiterbewegung wurde die Neugründung vehement abgelehnt. Man sah darin eine Zersplitterung der Kräfte. Als dann die Erlanger Naturfreunde sich am 1. Mai 1914 an der Maidemonstration beteiligten, erfolgte schließlich die Aussöhnung und ihre Anerkennung. Viele Arbeiter, z.B. der Firma Reiniger, Gebbert und Schall, wurden Mitglieder. Hauptaktivität waren die sonntäglichen Wandertouren. Der 1. Weltkrieg schränkte die Vereinstätigkeit stark ein.

Aufwärts nach dem ersten Weltkrieg
Ab 1919 konnte eine starke Zunahme der Mitglieder verzeichnet werden. Neben der Wandergruppe wurde eine Musikgruppe aufgebaut, später je eine Wintersport-, Kletter- und Wassersportgruppe. Unmittelbar beim früheren städtischen Flussbad an der Regnitz, auf dem Gelände des ehemaligen Campingplatzes, errichteten die NaturFreunde ihr erstes Bootshaus.Die Zusammenarbeit im Verein basierte auf gegenseitiger Hilfe und Vielfalt der selbstbestimmten und selbst organisierten Aktivitäten. Jugendarbeit wird großgeschrieben und nach Kräften unterstützt und gefördert. Michael Poeschke ist einer der aktivsten Jugendfunktionäre. Die Naturfreunde waren Anhänger der Genossenschaftsbewegung. Sie kauften bei Lillinghof, in der Nähe von Rüsselbach, ein Grundstück. Dort wollte man ein Naturfreundehaus errichten und gab zu diesem Zweck Anteilscheine an die Mitglieder aus, um zinsloses Baugeld zu bekommen. Doch leider machte die spätere Inflation dieses Vorhaben zunichte.

1933: Verbot und Enteignung durch die Nazis
Das Bayerische Staatsministeriums des Inneren stellt in einem Schreiben vom 24. Oktober 1934 fest, dass „eine Gleichschaltung des Vereins nicht in Frage kommt“. Die Naturfreunde wurden als Volks- und Staatsfeinde eingestuft, Ersparnisse und Grundbesitz enteignet. 21 Jahre nach der Gründung löste die Polizei der Verein auf. Das beschlagnahmte Vermögen wurde dem Heimatverein übergeben, der es bis zur Rückgabe nach 1945 verwahrte. Viele Mitglieder wurden polizeilich überwacht, einige verfolgt, darunter Michael Poeschke. Die Wassersportler schlossen sich dem Fränkische-Schweiz-Verein an und nahmen sogar an der Olympiade 1936 in Berlin teil.

Die Naturfreunde-Idee lebt weiter: Neuanfang nach dem Faschismus
Am 18. Januar 1946 erfolgte die Neugründung der Ortsgruppe und am 6./7. Juni 1946 fand in Erlangen erste Landeskonferenz der Bayerischen Naturfreunde statt. Ebenfalls im gleichen Jahr wurde das von den Besatzungstruppen demolierte Bootshaus wieder von der Stadt gepachtet und instandgesetzt. Das Vereinsleben wurde gepflegt: Das größte Problem bei den Wanderungen war, ob die Schuhsohlen eine große Strecke aushalten. Die Brotzeiten für unterwegs waren karg. Die freie Natur aber war eines wenigen Güter, das es ohne Bezugsschein und Lebensmittelmarken gab. Die Kanugruppe erlebte die Krönung durch die Erringung der Deutschen Meisterschaft im Kajakslalom.

In der Folgezeit waren alte und junge Mitglieder der Naturfreunde damit beschäftigt, in den Jahren größter Entbehrung der Nachkriegszeit in zäher, harter Arbeit ein neues Bootshaus und ein Vereinsheim zu errichten. Im Jahre 1951 wurde auf dem Gelände der Erlanger Naturfreunde einer der ersten Campingplätze in Bayern in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Camping-Club gegründet, später kommt ein Übernachtungshaus mit Gaststätte dazu.

Während 1949 die Demokratie eine neuen Anfang nahm, konzentrierten sich in diesen Aufbaujahren (nicht nur) die Erlanger Naturfreunde auf den Hausbau und das Gestalten ihres Geländes. Finanzierung und Bauunterhalt kosteten viel Kraft und Zeit. Gleichzeitig hatte man den Wunsch, nach den individuell durchaus unterschiedlich erlebten

Jahren des Faschismus und nach den Schrecken des Krieges Zusammenhalt und Gemeinschaft im Verein zu erleben – möglichst unbelastet von Politik. Die politische Bedeutung der NaturFreundebewegung trat in den Hintergrund. Man arbeitet nach dem Prinzip der parteipolitischen Unabhängigkeit.

Das Wirtschaftswunder veränderte die Ansprüche der Gesellschaft und auch der Vereinsmitglieder: Das führte nicht nur zu ständigen Anstrengungen, die Gebäude zu verbessern und zu vergrößern. Die Mitglieder der 70er, 80er und 90er Jahre erlebten steigende Anforderungen in der Arbeitswelt einerseits, hatten aber auch dank gesellschaftlicher Fortschritte in der Sozialpolitik und durch erfolgreiche Tarifpolitik mehr Geld und Freizeit. Der Trend zu mehr Individualisierung nahm auch im Verein zu. Das umfangreiche ehrenamtliche Engagement, Voraussetzung für die gewaltige Aufgabe des Unterhaltes der Gebäude und eines sehr schönen, aber auch riesigen Geländes geht zurück. Längst gibt es neben den NaturFreunden mit dem „grünen Bewusstsein“ der Ursprungsbewegung viele Mitglieder, die „nur“ wandern oder „nur“ Kanusport treiben wollen.

Gegenwart und Zukunft

Unterschiedliche Interessen verbinden, den Vereinszweck weiter entwickeln, dabei gleichzeitig den Stolz auf die eigene Geschichte hoch halten – das ist für keine einfache, aber eine spannende Aufgabe.

Hier einige Gedanken, die uns (neben Bauunterhalt, Sanierung, Geländebewirtschaftung und Förderanträgen) bewegen:

- Wir zeigen mit unseren Aktivitäten im Jubiläumsjahr stärker als bisher, dass wir Teil einer Bewegung sind, die in 100 Jahren trotz Unterdrückung und Verbot einen gewichtigen gesellschaftspolitischen Teil zur Durchsetzung von sozialer Gerechtigkeit, kultureller Teilhabe, Demokratie und Frieden in unserem Land und in Europa beigetragen hat.
- Unsere Naturfreundehäuser mit ihren Angeboten gewinnen vor dem Hintergrund stärkerer Hinwendung zum regionalen Tourismus, aber auch für viele Menschen, die sich (teuren) Urlaub nicht leisten können, eine wieder wachsende Bedeutung.
- Unser Haus ist unsere Vereinsheimat, unser Gelände Teil eines Landschaftsschutzgebietes. Wie wollen wir es künftig als Verein nutzen, was können wir zur Umweltbildung in Stadt und Land beitragen?
- Unser Gelände ist ein guter Ort für die Freizeitgestaltung von Familien mit Kindern, Aktivitäten von Schulklassen, Jugend- und Sportgruppen. Wie und mit wem zusammen können wir auch in Zukunft die Voraussetzungen für eine am Gemeinwohl orientierte Nutzung schaffen?

Neue Mitglieder, die Lust haben, sich an diesen Aufgaben zu beteiligen, sind willkommen. Wir laden herzlich ein zum Aktionstag und zum Festabend. Wir freuen uns über viele Gäste.

Berg frei!

Herzliche Einladung zum Jubiläumsfest der Erlanger NaturFreunde

Samstag, 27. April, Beginn 19:30 Uhr, Ende ca. 22 Uhr, Einlass ab 19 Uhr, Redoutensaal Erlangen, Theaterplatz 1

Unser Programm:

- Zum Auftakt Musik
- Begrüßung: Gisela Niclas, Vorsitzende
- Grußworte aus der NaturFreunde-Familie, aus Politik und Gesellschaft
- Musikalische Zeitreise in Etappen mit Wulli Wullschläger und Sonja Tonn
- Geschichte und Gegenwart in Wort und Bild
- Unser Kooperationsprojekt mit den Gremsdorfer Werkstätten für Menschen mit Behinderung: „Das kleinste Naturfreundehaus“
- Ein Blick in die Zukunft mit dem Improvisationstheater Ex und Hopp
- Musikalisches Finale

Gastronomie am Festabend

Während der Veranstaltung werden im Redoutensaal Getränke serviert, eine Speisekarte mit kleinen Gerichten liegt auf.

Rückmeldung

Damit wir besser planen können, bitten wir um Rückmeldung (Mail oder Telefon an Gisela Niclas, 09131/993398, gisela.niclas@gmx.de: bitte Namen, Gästeanzahl, Reservierung ja/nein). Gerne reservieren wir Plätze.

Die Vielfalt der Naturfreunde-Bewegung erleben

Aktionstag am 27. April

NaturFreunde-Aktionstag, 10 bis 15 Uhr, Erlanger Schloßplatz

- Kletterwand der OG Bayreuth
- Spaß und Spiel für Kids und Jugend
- Infostände der NaturFreunde aus Bund und Land
- Infostand der Ortsgruppe Erlangen, u.a. Aktion „das kleinste Naturfreundehaus“

Topoballturnier im Röthelheimbad, Hartmannstraße 121, 14 – 17 Uhr

Führungen:

- Stadtführung „Hugenottenstadt“, Treffpunkt Schloßplatz, 14 Uhr,
- Botanischer Garten „lebende Steine, sterbender Bambus“: Treffpunkt: Eingang Wasserturmstraße, 14 Uhr

32. Landesversammlung der bayerischen NaturFreunde im Redoutensaal 27./28. April

Am Samstag um 14 Uhr Referat zur Energiewende, ZuhörerInnen sind herzlich willkommen: „Ökologie – Ökonomie – soziale Verantwortung: Die Energiewende aus der Sicht kommunaler Versorgungsunternehmen“; Referent: Wolfgang Geus, Vorstandsvorsitzender der Erlanger Stadtwerke AG (ESTW), Mitglied des Vorstandsrates im Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft

Alle Angebote sind kostenlos

Equal-Pay-Day: In Bayern ist die „Lohnlücke“ besonders groß!

Von Angelika Weikert MdL
Betreuungsabgeordnete für den Stimmkreis Erlangen

Bis zum 21. März 2013 hätten Frauen weiterarbeiten müssen um das durchschnittliche Vorjahresgehalt eines Mannes zu erreichen. DGB, Frauenrechtsorganisationen und Sozialverbände weisen mit diesem sogenannten „Equal-Pay-Day“ darauf hin, dass die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen in Deutschland nach wie vor skandalöse Ausmaße haben.

Bayern liegt, was die Entgeltungleichheit zwischen Männern und Frauen betrifft, im bundesweiten Vergleich auf einem unrühmlichen zweiten Platz. Die Entgeltlücke ist seit 2007 sogar um etwa zwei Prozentpunkte gewachsen und beträgt aktuell 26 Prozent. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 22 Prozent. Dies geht aus dem „2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland“ hervor, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Januar 2013 veröffentlicht hat.

Die Lohndiskriminierung zieht sich quer durch die gesamte Einkommensskala. Besonders schmerzhaft deutlich werden die Unterschiede im Niedriglohnbereich. Minijobs werden um überwiegenden Teil von Frauen wahrgenommen. Ursprünglich waren sie als erster Schritt hin zu einer regulären Teilzeit- oder Vollzeitstelle vorgesehen. Nicht zuletzt eine Studie des Bundesfamilienministeriums belegt, dass Minijobs stattdessen für viele Frauen zur Falle geworden sind. Dumpinglöhne, Schwarzarbeit und fehlende soziale Absicherung erzeugen lebenslange ökonomische Ohnmacht und Abhängigkeit. Scheidung, Arbeitslosigkeit oder Tod des meist in Vollzeit beschäftigten Partners sind für die Minijobberinnen und ihre Familien existenzbedrohende Risiken.

Für uns Sozialdemokraten ist der Kampf gegen die Gerechtigkeitslücke zwischen Männern und Frauen ein wesentlicher Teil unserer Agenda. Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro, ein Sozialversicherungsschutz von der ersten Arbeitsstunde an und ein Entgeltgleichheitsgesetz, das Unternehmen zu geschlechtergerechter Bezahlung verpflichtet, stellen dabei unsere Kernforderungen dar.

Bezirkskliniken Mittelfranken ab sofort im neoliberalen Blindflug

Von Gisela Niclas
Bezirksrätin

Wie ihr der Presse entnehmen konntet, hat Ende Januar der Vorstand des Kommunalunternehmens Bezirkskliniken Mittelfranken ein sogenanntes Sanierungskonzept zum Abbau des Millionendefizits vorgelegt. Die SPD-Bezirkstagsfraktion hat sich trotz großem Zeitdruck intensiv damit befasst und nach ausführlicher Beratung insbesondere mit den Personalräten und der Gewerkschaft ver.di eigene Positionen und einen alternativen Vorschlag für das weitere Vorgehen vorgelegt. Dieses Positionspapier könnt ihr auf unserer Homepage detailliert nachlesen.

Die SPD-Bezirkstagsfraktion hat vor der Entscheidung im Verwaltungsrat die Behandlung der Thematik im Bezirkstag verlangt. Trotz massiver öffentlicher Kritik der ArbeitnehmerInnen und ihrer Personalräte, der Gewerkschaft Ver.di und der SPD wurde das Konzept gegen unseren Protest mehrheitlich in der vorgelegten Fassung vom Verwaltungsrat noch vor der Sitzung des Bezirkstages am 21. März 2013 weitgehend beschlossen.

Unser Fazit: Durch den von der CSU/FW-Mehrheit regelrecht durchgepeitschten Beschluss befinden sich das Management der Klinken ab sofort im neoliberalen Blindflug. Zwar wird von betriebsbedingten Kündigungen zunächst Abstand genommen. Das ist ein Erfolg des gemeinsamen Protestes der Beschäftigten, ihrer Personalräte, der Gewerkschaft ver.di und der SPD. Trotzdem bleiben wir bei unserer kritischen Haltung. Die Gründung einer weiteren Service-GmbH die nahezu alle Bereiche umfassen soll, die nicht unmittelbar mit der Patientenversorgung zu tun haben, trägt die SPD-Fraktion nicht mit.

Das vom Vorstand vorgelegte Konzept kann nicht funktionieren, weil es auf falschen Annahmen und fehlenden Berechnungen beruht. Das für die Sanierung der Bezirkskliniken inzwischen beschlossene Konzept basiert im Wesentlichen auf zwei Säulen:

1. Es wird ein jährliches Wachstum der Leistungen um 1,5 Prozent gefordert

   Die Vorgabe, dass die Leistungsmenge und damit der Erlös bis 2017 um jährlich 1,5 Prozent steigen soll, ist nach Einschätzung der SPD-Fraktion unrealistisch. Nach Meinung aller Fachleute ist eine kontinuierliche Leistungsausweitung im Bereich der stationären Psychiatrie nicht zu erreichen. Es ist im Gegenteil davon auszugehen, dass auch in der psychiatrischen Versorgung die Tendenz hin zu einer verstärkten Ambulantisierung geht.

Diese Entwicklung wird durch die Einführung des neuen psychiatrischen Abrechnungssystems, einem Fallpauschalen-System, verstärkt werden. Es ist somit damit zu rechnen, dass die Bettenauslastung im besten Fall so gehalten werden kann wie sie ist.

Wahrscheinlicher noch ist ein Rückgang der Auslastung. Somit ist eine Strategie, die zur Sanierung der Bezirkskliniken Mittelfranken auf ein kontinuierliches Wachstum setzt, nicht tragfähig. Im Bezirk Mittelfranken besteht zudem, legt man eine Messziffer von 0,5 bis 0,6 Promille für Behandlungsplätze in der Psychiatrie zugrunde, ein Bettenüberhang .

2. Die zweite Säule des Sanierungskonzeptes ist die Ausgliederung nahezu aller nicht unmittelbar mit der Patientenversorgung befassten Bereiche in eine eigene Service-GmbH. Dies hält die SPD-Bezirkstagsfraktion nicht zielführend.

Die zur Verfügung stehende Datenlage ist aus SPD-Sicht völlig ungenügend und lässt keinerlei berechenbare positive Auswirkungen erkennen. Wenn, wie im Vorstandsbeschluss festgelegt, beim Übergang der Beschäftigten in die Service-GmbH die Tarifbedingungen des TVÖD beibehalten werden sollen, ergibt sich keine Einsparung. Es sollen außerdem neue Verwaltungsebenen eingeführt werden, damit entstehen neue Schnittstellen und zusätzliche Koordinierungsaufgaben.

Zusammenarbeit zwischen dem Kern-KU und der Service-GmbH wird sich nach allen Erfahrungen mit der bisher schon bestehenden Service-GmbH schwieriger gestalten. Zudem besteht nach Meinung der SPD-Fraktion die Gefahr, dass die MitarbeiterInnen aufgrund unterschiedlicher Bezahlung für gleiche Arbeit in zwei Klassen gespalten werden mit allen damit verbundenen Spannungen in der Zusammenarbeit.

Für die neu eingestellten MitarbeiterInnen in der Service-GmbH soll ein Stundenlohn von 9 Euro/Stunde gelten. Es stellt sich jedoch die Frage, welche MitarbeiterInnen in welchen Bereichen damit gewonnen werden sollen. Der Reinigungsdienst ist bereits in eine Service-GmbH ausgelagert, es bleiben somit an einfachen Tätigkeiten im Wesentlichen nur noch die Bereiche Küche, Transportdienste und Wäscherei. In den Bereichen, in denen qualifizierte MitarbeiterInnen erforderlich sind (z.B. IT, Einkauf etc.) wird man für 9 Euro/Stunde kein neues Personal finden. Zusätzlich ist geplant, die leitenden MitarbeiterInnen der Service-GmbH außertariflich, d.h. also höher als im TVÖD vorgesehen, zu bezahlen.

Wie unter diesen Umständen ein Einspareffekt erzielt werden soll, ist bisher vom Vorstand nicht transparent und detailliert vorgerechnet worden und damit völlig unklar. Ohne nachvollziehbare Grundlage einen Beschluss zu fassen, ist nach Auffassung der SPD „neoliberaler Blindflug“, der nur ideologisch, aber nicht durch Zahlen begründet ist.

Mein Fazit: „Das von der CSU durchgesetzte Sanierungskonzept geht an den Ursachen der Probleme vorbei und bietet keinerlei tragfähige Konzeptionen für die Zukunft. Die von uns vorgeschlagene weitere Dezentralisierung und Anpassung der Versorgungssituation an die Erfordernisse einer modernen Psychiatrie wurde ignoriert. Die Folgen werden die Patienten und die Umlagezahler im Bezirk Mittelfranken spüren.“

Heimkinder-Drama im ZDF: Runder Tisch gewürdigt

Marlene Rupprecht initiierte Preview mit Senta Berger

Von Marlene Rupprecht MdB
Betreuungsabgeordnete für den Wahlkreis Erlangen

Vor kurzem lief im ZDF das Drama „Und alle haben geschwiegen“, das sich mit dem Schicksal von Heimkindern im Westdeutschland der 50er und 60er Jahre, aber auch mit der Aufarbeitung dieses Unrechts durch einen Runden Tisch im Deutschen Bundestag beschäftigt.

Hunderttausende Kinder und Jugendliche erlebten Demütigungen und Rechtlosigkeit, mussten Zwangsarbeit leisten, viele wurden sexuell missbraucht. 2006 gelang es der SPD-Bundestagsabgeordneten Marlene Rupprecht aufgrund der aufrüttelnden Schilderungen vieler Betroffener, einen Runden Tisch durchzusetzen, der u.a. auch die Verantwortung von kirchlichen und staatlichen Organisationen klar benannte.

Zur Vorab-Premiere des Films lud die SPD-Bundestagsfraktion auf Initiative von Marlene Rupprecht Betroffene, Macher und Mitwirkende des Films, unter ihnen auch die beiden Hauptdarsteller Senta Berger (2.v.l.) und Matthias Habrich (3.v.r.), in den Deutschen Bundestag ein.

Im Mittelpunkt des Film steht die fiktive Leidensgeschichte von Luisa und Paul, die beide in den 60er Jahren durch die brutale Behandlung in einem kirchlichen Heim traumatisiert werden und erst 44 Jahre später vor dem „Runden Tisch“ im Bundestag den Mut finden, über das an ihnen geschehene Unrecht zu berichten.

Marlene Rupprecht (rechts), die den „Runden Tisch Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren“ gemeinsam mit dem Journalisten und Buchautor Peter Wensierski (3.v.l.)im Jahr 2006 maßgeblich mit anschob, lobte ebenso wie etliche anwesende Betroffene den u.a. von Doris Zander von der produzierenden Filmfirma (2.v.r.) und ZDF-Redakteurin von Senden (links) sorgfältig recherchierten und gestalteten Film, dem der seltene Spagat zwischen authentischer Schilderung und dramatischer Darstellungsweise gelingt.

Wahlergebnisse der Jahreshauptversammlung

Kreisvorstand

Geschäftsführender Vorstand
- Kreisvorsitzender: Dieter Rosner: 49 Ja, 1 Enthaltung
- Stv. Kreisvorsitzende: Sandra Radue: 49 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung
- Stv. Kreisvorsitzender: Dirk Goldenstein: 38 Ja, 6 Nein, 7 Enthaltungen
- Schriftführung: Birgit Brod: 51 Ja
- Finanzen: Günter Laurer: 49 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltungen
- Öffentlichkeitsarbeit: Saskia Coelin: 49 Ja, 2 Enthaltungen
- Monatsspiegel: Philipp Dess: 50 Ja, 1 Enthaltung
- Organisation:
  - Katharina Ullmann: 50 Ja, 1 Enthaltung
  - Manfred Dohmstreich: 51 Ja

Referentinnen, Referenten und Beauftragte im Kreisvorstand
- Arbeitnehmer/-innen: Gabi Dorn-Dohmstreich: 44 Ja, 3 Nein, 3 Enthaltungen
- Schulung: Dr. Andreas Richter: 47 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung
- Kommunalpolitik: Robert Thaler: 43 Ja, 4 Nein, 3 Enthaltungen
- Friedensbeauftragter: Dr. Helmut Pfister: 46 Ja, 4 Nein
- Beauftragte für Migration und Integration: Elizabeth Rossiter: 46 Ja, 4 Nein

VertreterInnen der Distrikte
- Dechsendorf
  - Brigitte Wohlleben: 49 Ja, 2 Enthaltungen
  - Ursula Lanig: 47 Ja, 4 Enthaltungen
- Eltersdorf: Christian Maurer: 50 Ja, 1 Enthaltung
- Frauenaurach:
  - Stephan Eberle: 50 Ja, 1 Enthaltung
  - Gabi Dorn-Dohmstreich: 45 Ja, 2 Nein, 4 Enthaltungen
- Innenstadt:
  - Barbara Pfister: 50 Ja, 1 Enthaltung
  - Walter Schweigert: 47 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen
- Ost:
  - Birgit Hartwig: 49 Ja, 2 Enthaltungen
  - Christofer Zwanzig: 49 Ja, 2 Enthaltungen
- Süd:
  - Brigitte Rohr: 48 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen
  - Andreas Richter: 46 Ja, 5 Enthaltungen
- Tennenlohe:
  - Gertrud Reich-Schowalter: 47 Ja, 4 Enthaltungen
  - Ursula Schnapper: 48 Ja, 3 Enthaltungen
- West:
  - Lena Zoglauer: 48 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen
  - Heidrun Meier: 46 Ja, 1 Nein, 4 Enthaltungen

VertreterInnen der Arbeitsgemeinschaften
- Jusos:
  - Patrick Rösch: 49 Ja, 2 Enthaltungen
  - Katrin Hurle: 49 Ja, 2 Enthaltungen
- AsF
  - Gunda Gerstenmeyer: 48 Ja, 3 Enthaltungen
  - Saskia Coerlin: 48 Ja, 3 Enthaltungen
- 60plus:
  - Hartmut Wiechert: 49 Ja, 2 Enthaltungen
  - Helmut Aichele: 48 Ja, 3 Enthaltungen

Revision

- Karin Franke (einstimmig per Akklamation)
- Gerd Peters (einstimmig per Akklamation)

Delegierte

Bezirksparteitag
- Sandra Radue (43 Stimmen)
- Dieter Rosner (40 Stimmen)
- Barbara Pfister (33 Stimmen)
- Munib Agha (29 Stimmen)
- Gisela Niclas (27 Stimmen)
- Helmut Pfister (18 Stimmen; Stichwahl: 20 Stimmen; Ersatz)
- Dirk Goldenstein (18 Stimmen; Stichwahl: 4 Stimmen; Ersatz)
- Gabi Dorn-Dohmstreich (13 Stimmen; Ersatz)

Unterbezirksausschuss
- Sandra Radue (41 Stimmen)
- Dieter Rosner (41 Stimmen)
- Barbara Pfister (29 Stimmen)
- Gisela Niclas (28 Stimmen)
- Munib Agha (26 Stimmen)
- Helmut Pfister (19 Stimmen; Stichwahl: 20 Stimmen; Ersatz)
- Dirk Goldenstein (19 Stimmen; Stichwahl: 4 Stimmen; Ersatz)
- Gabi Dorn-Dohmstreich (13 Stimmen; Ersatz)

Unterbezirksparteitag
- Dieter Rosner (48 Stimmen)
- Florian Janik (47 Stimmen)
- Birgit Brod (47 Stimmen)
- Sandra Radue (45 Stimmen)
- Philipp Dees (42 Stimmen)
- Helmut Pfister (38 Stimmen)
- Andreas Richter (38 Stimmen)
- Saskia Coerlin (38 Stimmen)
- Heide Mattischeck (37 Stimmen)
- Wolfgang Niclas (35 Stimmen)
- Munib Agha (34 Stimmen)
- Christofer Zwanzig (34 Stimmen)
- Katharina Ullmann (34 Stimmen)
- Gisela Niclas (34 Stimmen)
- Rosi Pfister (34 Stimmen)
- Johanna Behringer (29 Stimmen)
- Barbara Pfister (29 Stimmen)
- Katrin Hurle (28 Stimmen)
- Nina Gunkelmann (26 Stimmen)
- Dirk Goldenstein (25 Stimmen)
- Helmut Aichele (24 Stimmen)
- Günter Laurer (24 Stimmen)
- Michael Zimmermann (24 Stimmen)
- Gabi Dorn-Dohmstreich (23 Stimmen)
- Patrick Rösch (21 Stimmen)
- Ursula Lanig (20 Stimmen; Ersatz)
- Gertrud Reich-Schowalter (20 Stimmen; Ersatz)
- Heidrun Meier (19 Stimmen; Ersatz)
- Manfred Dohmstreich (16 Stimmen; Ersatz)
- Volker Lang (16 Stimmen; Ersatz)
- Robert Thaler (13 Stimmen; Ersatz)
- Rolf Schowalter (10 Stimmen; Ersatz)
- Sören Brandmähl-Kraus (9 Stimmen; Ersatz)

Gleichstellungsbericht 2013

Von Sandra Radue
Stellvertretende Kreisvorsitzende

Liebe Genossinnen und Genossen,
bei der Erarbeitung des Gleichstellungsberichts habe ich das noch nicht so alte Jahr einmal Revue passieren lassen.

Am 14. Februar haben in 205 Länder Menschen an der Aktion „One billion rising“ teilgenommen. Bei dieser Aktion geht es darum, aufzustehen und gegen Gewalt an Frauen zu protestieren. Die Zahl one billion – deutsch eine Milliarde – kommt von Schätzungen der UN, dass ein Drittel aller Mädchen und Frauen in ihrem Leben Opfer von Gewalt wird. Eine Milliarde Frauen und Mädchen!

In Erlangen haben mehrere Hundert Frauen an der Kundgebung und dem Flashmob teilgenommen und damit deutlich machen wollen, dass Gewalt gegen Frauen ein aktuelles Thema ist. In den Medien wurde über die Aktion berichtet. Über die alltägliche Gewalt gegen Frauen finden wir dagegen wenig in den Zeitungen, es sei denn, sie spielt sich in Indien ab. Ich denke, es ist leichter, mit dem Finger auf andere zu zeigen, als den Missstände im eigenen Land genauer unter die Lupe zu nehmen. Die alltägliche Gewalt ist oft sehr versteckt. Sie passiert in den Familien, sie passiert am Arbeitsplatz, sie versteckt sich hinter sexistischen Bemerkungen, Reduzierung vorn Frauen auf den Körper, auf ihr Geschlecht. Hier werden in Taten und auch in Worten Frauen diskriminiert, Frauen deutlich gemacht: „Du bist schwach. Ich kann dich verletzen. Ich habe Macht über dich.“

Im Januar haben wir ja schon lernen müssen, dass dieser Sexismus auch in der Politik salonfähig ist. Da dominierte Herr Brüderle mit seinem „Herrenwitz“ die Medien. Endlich die Debatte über Sexismus, die so lange schon überfällig ist? Leider nein. Zum Teil wurde über den Zeitpunkt der Veröffentlichung diskutiert, Verharmlosungen waren an der Tagesordnung, in einigen Medien wurde darüber spekuliert, warum die Journalistin Laura Himmelreich vom Stern ihren Artikel gerade nach der Nominierung zum Spitzenkandidaten veröffentlichte. Andere Fragen wären dabei meiner Meinung nach relevanter gewesen: Warum glaubt ein Spitzenkandidat einer liberalen Partei, er könne eine Journalistin auf ihre Oberweite ansprechen, ohne dass dies zum Skandal wird? Welche Einstellung Frauen gegenüber herrscht hier vor? Wie hoch ist noch mal der Frauenanteil in der FDP? 23 Prozent. Wen wundert’s.

Da erfreut es, dieser Tage einen Gastkommentar in der Online-Ausgabe der Frankfurter Rundschau zum Frauentag erschien. Revolution im Verhältnis der Geschlechter lautet er. Geschrieben von Claudia Roth und Sigmar Gabriel. Lesenswert: Grüne und SPD wissen, was in der Gesellschaft falsch läuft. Und hier werden die richtigen Schlüsse gezogen: Wirtschaft und Politik müssen die Bedingungen für eine wirkliche Gleichberechtigung der Geschlechter sorgen: durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit, durch das Zurückdrängen von Minijobs, durch vielfältige Angebote zur Kinderbetreuung und durch ein faires Steuerrecht, um die eigenständige Existenzsicherung für Frauen zu erreichen.

Schön, dass diese beiden Akteure klar machen, wohin es geht: Nur Rot-Grün kann eine fortschrittliche Gleichstellungspolitik voran bringen. Die bloße Vorstellung einer FDP-Frauen-Ministerin macht das Unvorstellbare dann doch vorstellbar: Dass es nach Kristina Schröder mit ihrer unsäglichen Herdprämie tatsächlich noch schlimmer kommen kann.

Eines nur macht mich stutzig: Warum hat den Artikel denn eigentlich auf SPD keine Frau geschrieben? Versteht mich nicht falsch: Ich freue mich über jeden Mann, der für die Gleichstellung kämpft. Lieber wäre mir aber eine Parteivorsitzende oder eine Kanzlerkandidatin der SPD. Oder beides. Dass sozialdemokratische Frauen regieren können, machen uns Malu Dreyer und Hannelore Kraft in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen vor. Nur bei der Bundespartei ist das noch nicht angekommen.

Vielleicht ist es bei uns dann doch nicht so gut um die Gleichstellung bestellt, wie unser Programm vorsieht.

Schauen wir mal in unserer eigenen Partei: Die Frage des Kanzlerkandidaten haben doch mal wieder drei Männer unter sich ausgemacht. Dass das alles auch noch unter demokratischen Gesichtspunkten sehr bedenklich lief, sei hier nur mal am Rande so eingeworfen.

Bedenklich finde ich zudem, dass wir auch in Mittelfranken eine Landtagsliste haben werden, die mehr Männer als Frauen als Direktkandidaten vorsieht. Damit ist die Liste nicht quotiert! Ich finde dies beschämend, aber natürlich kann ich dem Argument nichts entgegenstellen, dass Frauen nicht zu nominieren sind, wo sie nicht kandidieren. Warum

kandidieren sie nicht? Da hat sicher jede einzelne ihre persönlichen Gründe. Unsere Aufgabe ist es, genauer hinzusehen und zu überlegen: Stehen nicht doch strukturelle Probleme dahinter, dass Frauen nicht in der ersten Reihe stehen? Dass sie lieber Schriftführerinnen, Kassiererinnen, Stellvertreterinnen sind? Die herausgehobene Position bei der Bewerbung um ein Mandat scheuen viele.

In Erlangen sieht es insgesamt nicht ganz so schlecht aus.

- So haben wir im Stadtrat von 14 Sitzen (13 plus Referent Kultur Jugend Freizeit) 7 durch Frauen besetzt.
- Kreisvorstand und Delegationen sind natürlich aufgrund unserer Satzung quotiert.
- Bei den Mandantsträgerinnen bzw. der Betreuung durch Nachbarwahlkreise, wo wir selber keine Mandate erringen konnten ist das Bild sehr weiblich geprägt: Gisela Niclas (Bezirk), Betreuung durch Kerstin Westphal (Europa), Marlene Rupprecht (MdB) und Angelika Weikert (MdL), somit 100 Prozent.
- Von 9 Distrikten haben 3 eine Vorsitzende (Frauenaurach, Dechsendorf und Süd).

Wir sollten uns aber fragen, ob dies ausreicht. Sind Frauen präsent bei Veranstaltungen? Beteiligen sie sich an den Diskussionen? Und wenn nicht, warum ist das so? Ist die Mitarbeit in unserer Partei wirklich möglich angesichts der immer noch ungleichen Verteilung von Familienarbeit? Welche neuen Möglichkeiten und Formen der Partizipation bieten sich an?

Denn die Zahlen zeigen, dass wir bei der Mitgliedschaft der Frauenanteil weiter sinkt. Im letzten Jahr von 35,5 auf 34,5 Prozent. Das liegt daran, dass sich bei den Austritten die Zahlen von Männern und Frauen die Waage halten, aber bei 13 Eintritten nur zwei Frauen dabei waren.

Same Procedure as every year. Wir schaffen es nicht, diesen Abwärtstrend aufzuhalten. Deshalb sollten wir den Wahlkampf auch aktiv dazu nutzen, Frauen anzusprechen, klar zu machen, dass wir eine Politik für Frauen machen. Und wir machen sie ja auch mit Frauen.

Liebe Genossinnen und Genossen, diese Aufgabe ist nicht im Vorstand zu lösen. Das ist eine Aufgabe für die gesamte Partei. Jeder Distrikt und jede AG muss für sich überlegen, wie es zu schaffen ist, Frauen für unsere Partei zu begeistern. Nur so kann eine echte Gleichstellungspolitik auch glaubwürdig sein.

Lasst mich deshalb in guter alter Tradition das Berliner Programm zitieren (Das werde ich im Gleichstellungsbericht bestimmt nicht das letzte Mal gemacht haben)

„Unter der Spaltung zwischen männlicher und weiblicher Welt leiden beide, Frauen und Männer. Sie deformiert beide, entfremdet beide einander. Diese Spaltung wollen wir überwinden. Wir fangen bei uns selbst an. Der rechtlichen Gleichstellung muß die gesellschaftliche folgen. Dies bedeutet nicht die Integration der Frau in eine Männerwelt, sondern die Umgestaltung der Gesellschaft. [...] Wer die menschliche Gesellschaft will, muß die männliche überwinden“ (Berliner Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands)

Packen wir's an!

Rede von Dieter Rosner auf der Jahreshauptversammlung am 14. März

Von Dieter Rosner
Kreisvorsitzender

Liebe Genossinnen und Genossen,
eine Jahreshauptversammlung bietet die Gelegenheit den „Blick zurück nach vorne“ zu richten, Bilanz zu ziehen über die geleistete Arbeit und die noch offenen Aufgaben und eine Einschätzung der aktuellen politischen Lage vorzunehmen. Darüber hinaus geht es darum, Ziele und Herausforderungen zu benennen, die vor uns liegen.

Das Jahr 2013 steht ganz im Zeichen von Wahlen. Wir haben ein klares Ziel vor Augen: Wir wollen gewinnen und zur gestaltenden Kraft werden: Auf der Bundesebene mit einer rot-grünen Mehrheit, mit Peer Steinbrück als Kanzler und mit Martina Stamm-Fibich als Erlanger Abgeordneter im Bundestag. Auf der Landesebene mit einer neuen Mehrheit unter Ministerpräsident Christian Ude und mit Philipp Dees als Erlanger Abgeordnetem im Landtag. Und auf der Bezirksebene wollen wir, dass Gisela Niclas ihre gute Arbeit im Bezirkstag fortsetzten kann, und zwar mit einer Mehrheit gegen die CSU, die lange genug ihre Arroganz der Macht in Mittelfranken ausgelebt hat.

Wir wollen aber vor allem auch für eine andere Politik in der Stadt Erlangen kämpfen. Wir wollen Dr. Florian Janik als Erlanger Oberbürgermeister, wir wollen eine starke SPD-Stadtratsfraktion, wir wollen einen Regierungs- und Politikwechsel für diese Stadt. Das ist unser Ziel. Dafür haben wir in den letzten Wochen und Monaten die Grundsteine gelegt, auf die wir unsere Erfolge aufbauen können.

Jetzt ist es an uns, mit dem Rückenwind des gelungenen Auftakts der OB-Nominierung zu Beginn des Jahres weiter zu arbeiten und geschlossen an einem Strang zu ziehen und das Unternehmen Wahlsieg erfolgreich auf den Weg zu bringen. Die Stadt und Ihre Bürgerinnen und Bürger sehnen sich danach, dass wieder etwas vorangeht. Die Menschen sind wieder neugierig auf die SPD. Das müssen wir nutzen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
das Jahr 2013 steht auch im Zeichen von 150 Jahre SPD.

Wenn wir das 150. Parteijubiläum begehen, sind wir stolz auf unsere Partei und ihre Geschichte und wir werden natürlich auch ordentlich feiern, am 8. Juni beim Parteifest und am 23. August mit einer Kulturveranstaltung im Redoutensaal.

Worauf es aber darüber hinaus vor allem ankommt, ist die Selbstverständigung und Selbstvergewisserung nicht aus den Augen zu verlieren, sondern danach zu fragen, was uns diese Geschichte für die Zukunft mit auf den Weg gibt, für die Aufgaben, die vor uns liegen

Nur wer weiß, wo er herkommt, kann auch wissen wohin er will. Viele der grundsätzlichen Forderungen, für die die SPD in ihrer Geschichte eingetreten ist, sind auch heute noch von hoher Aktualität.

In seinem Vorwort zur „Fotogeschichte der deutschen Sozialdemokratie“ schrieb Willy Brandt: „Die Arbeit für den Frieden, für Freiheit, der Kampf für Menschen- und Bürgerrechte macht auch heute noch einen Kern des Selbstverständnisses derer aus, die sich zum demokratischen Sozialismus bekennen. Die freie Entfaltung des Einzelnen, die Demokratisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen sind Ziele auch für die Zukunft geblieben. Aber auch die Erwartung, daß ‚niemand es an Brot gebricht‘, die als eine weit über das eigene Land hinausreichende Aufgabe zu begreifen ist.“

Wie ein roter Faden ziehen sich diese politischen Ziele durch die Geschichte unserer Partei bis heute. Und dabei waren es immer die vielen einzelnen Mitglieder, die aus ihren Lebenssituationen heraus dem Mut zum aufrechten Gang entwickelt haben, die für sich die ernste Entscheidung getroffen haben, sich mit bestehenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnissen nicht abzufinden, sondern sich für entscheidende Veränderungen und eine humanere Welt zu engagieren. Natürlich waren und sind wir die Partei herausgehobener Einzelpersönlichkeiten wie August Bebel, Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg , Clara Zetkin oder Kurt Schumacher, ohne die sich in der Folge die freiheitliche und soziale Rechts- und Staatsordnung der Bundesrepublik nicht in dieser Form entwickelt hätte. Natürlich wurde und wird unsere Partei in dieser Kontinuität unter den Kanzlern Willy Brandt und Helmut Schmidt und Gerhard Schröder tief geprägt. Aber unsere Partei ist auch eine Mitgliederpartei, deren Überzeugungskraft und Überzeugungsstärke vom geschlossenen und solidarischen Einsatz der Genossinnen und Genossen lebt.

Was nehmen wir nach 150 Jahren mit in die Zukunft? Wie beschreiben wir heute „den Auftrag, der uns anvertraut ist“ (Brandt)?

Wir wollen nicht nur neue Mehrheiten. Wir wollen auch einen Politikwechsel. Politikwechsel heißt eine sozial gerechte Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Umwelt- und Energiepolitik. Politikwechsel heißt verschiedene Menschen nicht auseinander zu dividieren, nicht zu spalten, sondern für einen stabilen sozialen Zusammenhalt in der Bevölkerung zu sorgen. Das ist und bleibt Kern sozialdemokratischer Gesellschaftspolitik auf allen Ebenen.

Das geht aktuell von der Bekämpfung des Casino- oder Raubtierkapitalismus und einer alternativen Wirtschaftspolitik auf der europäischen Ebene über den Kampf um Mindestlohn und eine nachhaltige Energiewende bis hin zu einem Bildungssystem, in dem alle mitgenommen werden und Forderungen nach bezahlbarem Wohnraum in der Kommune und einer Verkehrspolitik, der beim Begriff Mobilität nicht zuerst Auto und Straßenbau einfällt.

Einiges haben wir erreicht. Vieles wollen wir noch erreichen. Anderes hätten wir besser nicht so gemacht!

Das kleine Jubiläum im Jubiläum: Heute vor 10 Jahren wurde die Agenda 2010 von Gerhard Schröder im Bundestag verkündet. Unser SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier vertritt die Auffassung – mit der er nicht alleine steht – dieses Reformprogramm habe Deutschland vor einem wirtschaftlichen Niedergang wie

in anderen Staaten der Europäischen Union bewahrt. „Wenn Schröder damals so mutlos regiert hätte wie Angela Merkel heute, stünden wir jetzt in einer Reihe mit Italien, Frankreich und Spanien vor deutlich größeren Problemen inmitten der Euro-Krise“, so Steinmeier in der Süddeutschen Zeitung. Er räumt zugleich ein, dass die Agenda auch zu Auswüchsen geführt habe, zum Beispiel bei der Leiharbeit. Der Sektor der atypischen Beschäftigung ist massiv angewachsen.

Sicher hat die Agenda auch einige gesellschaftspolitisch richtige Weichenstellungen enthalten. Die erwerbsfähigen Sozialhilfeempfänger, die früher gleichsam abgeschrieben waren, sind wieder in den Fokus der Arbeitsmarktpolitik gekommen. Allerdings ist bei der aktivierenden Arbeitsmarktpolitik das Fordern groß und das Fördern immer kleiner geschrieben worden, sind wichtige flankierende Maßnahmen unterlassen worden.

Oberstes Ziel der Arbeitsmarktpolitik muss sein, „Gute Arbeit für alle schaffen“. Es sollte kein Arbeitnehmer, keine Arbeitsnehmerin mehr gezwungen sein, beim Jobcenter (oder Sozialamt) ergänzende Leistungen aufgrund zu geringer Lohnleistungen beantragen zu müssen oder bei eintretender Arbeitslosigkeit beim Jobcenter „aufstockende Leistungen“ zusätzlich zum Arbeitslosengeld I beantragen müssen.

Dies bedeutet auf bundespolitischer Ebene natürlich die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns und eine Reform der vorgelagerten Systeme, denn niemand darf aufgrund der Kinderzahl oder des örtlichen Wohnungsmarktes ins SGB II abgleiten oder aufgrund seiner Stellung in der Bedarfsgemeinschaft benachteiligt werden.

Man kann die Agenda deswegen auch kritisch sehen. Ich teile die Einschätzung von Heribert Prantl in der SZ vom Samstag: „Im Sozialstaat (...) gilt, dass der, der schon belastet ist, nicht auch noch das Gros der Belastungen tragen kann. Ein Sozialstaat gibt also nicht dem, der schon hat, und er nimmt nicht dem, der ohnehin wenig hat. Die Agenda 2010 hat dies missachtet; diese Missachtung heißt Hartz IV: Die Schwachen werden belastet, die Starken entlastet. Die Agenda war eine Agenda der einseitigen Zumutungen (...) Die Agenda hat daher das Vertrauen in den Gerechtigkeitssinn der deutschen Politik beschädigt; sie hat das Fairness-Siegel von der deutschen Politik heruntergerissen; sie hat der Sozialstaatlichkeit, die einen hohen Verfassungsrang hat, ihren Eigenwert genommen. Sie hat die Armut zum Mittel der Politik gemacht – ‚um Ressourcen frei zu bekommen‘, wie Kanzler Schröder sagte. Unterversorgung wurde zu einem wirtschaftspolitischen Instrument. Das ist bitter.”

Bitter ist auch: Die Agenda 2010 war nicht nur ein Paradigmenwechsel im Wahlprogramm, sondern im Ergebnis für die SPD leider auch ein Abwahlprogramm, von dem wir uns erst jetzt langsam wieder erholen.

Was können wir daraus lernen?

- Wir sind und wir müssen Gerechtigkeitspartei bleiben. Willy Brandts Credo, dass Politik nur etwas taugt, wenn sie das Leben der Menschen besser macht, zielt genau auf die ab, die uns brauchen, die auf uns setzen, die uns aber nur vertrauen, wenn wir das ernst meinen mit der Gerechtigkeit als Maßstab und Kompass unserer Politik. In den letzten zehn Jahren haben wir in der SPD fundamentale Kontroversen, Irrungen und Wirrungen erlebt. Aber das Bewusstsein, dass dieses Eintreten für die sozial Schwächeren zur unverhandelbaren Identität der Sozialdemokratie gehört, ist mittlerweile wieder zurück im Zentrum der SPD. In Erlangen – das will ich hier klar sagen – war das übrigens immer der Fall. Wo es um Gerechtigkeit und Zukunft geht, geht

Erlanger Mieterinnen- und Mieterverein

Möhrendorfer Str. 1c · 91056 Erlangen
Tel. 09131/4 32 26

Beitragssätze

Der ermäßigte Mitgliedsbeitrag in Höhe von 24,- Euro pro Jahr gilt für alle:
- Schüler/-innen
- Studenten/-innen
- Lehrlinge
- Rentner/-innen
- Arbeitslose
- Sozialhilfeempfänger/-innen
- Wehr- und
- Zivildienstleistende

Alle anderen zahlen 30,- Euro jährlich. Hinzu kommt eine einmalige Aufnahmegebühr von 2,50 Euro.

Wir bieten
- Beratung unserer Mitglieder in allen Fragen des Mietrechts. (siehe Beratungstermine)
- Informations- und Erfahrungsaustausch durch unsere Rundbriefe.
- Möglichkeit zur aktiven Mitgestaltung der Vereinsarbeit.
- Offenheit für alle Beiträge im konkreten und politischen Handeln.

Beratungstermine

Jeden Dienstag von 18.00 - 20.00 Uhr im E-Werk an der Fuchsenwiese, Gruppenraum 2 (3. Stock)

Jeden ersten Montag im Monat von 17.30 - 19.00 Uhr in der Scheune, Odenwaldallee 2

Jeden ersten Donnerstag im Monat von 17.00 - 19.00 Uhr im Begegnungszentrum Fröbelstr. 6, Stadtteil Bruck

Während des Semesters jeden Donnerstag von 18.00 - 19.00 Uhr im Sprecherrat, Turnstraße 7

Ansonsten nach telefonischer Vereinbarung, Tel.: 43226 (Montag bis Freitag von 9.00 - 12.00 Uhr)

es um eine mutige und linke Reformpolitik, bei Arbeitsmarkt, Bildung, Energie, Gleichstellung.

- Hoffen heißt, den nächsten Schritt tun: Das neue SPD-Wahlprogramm ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, auch wenn die Entstehung kein Lehrstück für innerparteiliche Willensbildung ist und auf keinen Fall Schule machen sollte. In Schlagworten: Finanztransaktionssteuer und Trennbankensystem, Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, Mindestlohn, Solidarrente, Bürgerversicherung, moderne Familienpolitik, Gleichstellung, sozialer Wohnungsbau..

Was können wir noch lernen:

- Es geht um Glaubwürdigkeit. Dass wir uns bei unserer praktischen Politik auf ein Wertefundament beziehen, führt dazu, dass auch die Ansprüche an die SPD höher sind, als an andere Parteien. Was man anderen durchgehen lässt, lässt man Sozialdemokraten nicht durchgehen. Wir müssen das sagen, was wir tun. Und tun, was wir sagen. Wir sind keine besseren Menschen. Aber die Menschen, die uns vertrauen und wählen, erwarten, dass wir unser Bestes geben. Wir erleben zurzeit, wie schwer es ist und wie lange es dauert, Glaubwürdigkeit zu gewinnen, wenn einem die Menschen das Vertrauen einmal entzogen haben. Es gilt, klar Positionen zu beziehen. Die SPD braucht eine offene und lebendige Debatte über ihre Zukunft in einer grundlegend veränderten Parteienlandschaft. Standortbestimmungen und Richtungsdebatten mobilisieren nicht nur die Mitglieder und die Multiplikatoren von gesellschaftlichen BündnispartnerInnen, sondern bilden auch die Basis für die politische Überzeugungskraft.
- Die lebendige Volkspartei braucht die kontroverse Auseinandersetzung mit sich und anderen. Auseinandersetzung darüber, welche Politik mit unseren Werten und Überzeugungen im Einklang steht und welche eben auch nicht. Am schlechtesten ging es der Sozialdemokratie in ihrer 150-jährigen Geschichte immer dann, wenn wir aufgehört haben, miteinander zu diskutieren. Die Auseinandersetzung miteinander, aber auch mit unseren Bündnispartnern (Gewerkschaften, Sozialverbänden, Umweltverbänden) über die richtige Politik ist das Lebenselixier einer sozialdemokratischen Programm- und Zukunftspartei.

Deswegen müssen wir mit Blick auf die Wahlen im Jahr 2014 auch den Dialog in den Mittelpunkt rücken. Themen dafür gibt es genug. Vor allem auf der städtischen Ebene, wo die Menschen unmittelbar betroffen sind und eine fair entlohnte Arbeit, bezahlbaren Wohnraum, ein gutes Bildungsangebot für Kinder, gute Einkaufsmöglichkeiten, und gute Freizeitmöglichkeiten, sei es Theater, Museum oder Schwimmbad haben wollen und haben sollen.

Wir als SPD sagen Ja zu einer solidarischen Stadtgesellschaft.

Leider hat die Stadt Erlangen noch einen Oberbürgermeister, für den Erlangen nur die zweite Wahl ist. Er hat auch jetzt schon keine eigene Mehrheit mehr im Stadtrat. Deswegen, liebe Genossinnen und Genossen, sorgen wir dafür, dass er sich mit Fragen der Mehrheitsbildung ab März 2014 nicht mehr zu beschäftigen braucht und er auch künftig drängende Probleme weiter aussitzen kann – mit einem Unterschied: Sein Platz ist dann auf der Oppositionsbank!

Liebe Genossinnen und Genossen, ich verspreche Euch, der heute zu wählende neue geschäftsführende Vorstand wird mit aller Kraft die inhaltlichen, organisatorischen und personellen Fragestellungen angehen, damit es Balleis und der CSU und der FDP auf ihren Sesseln unbequem und unbequemer wird. Wir werden dabei eng mit der Stadtratsfraktion zusammenarbeiten. Wir brauchen die ganze Partei, um in den nächsten Monaten unsere Alternativen klar zu machen, diese vorzustellen und zu diskutieren und für unsere Ziele zu mobilisieren.

Dies erreichen wir nur, wenn es uns gelingt, die bisherigen Erfolge unserer Arbeit auch umzusetzen in eine Aktivierung der Mitgliedschaft und in eine Verbreiterung der Mitgliederbasis. Wir dürfen vor den Problemen nicht die Augen verschließen:

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir sind im Großen und Ganzen gut aufgestellt. Unser Engagement wurde im letzten Jahr mit hohem Einsatz und in Geschlossenheit erbracht.

Auch wenn nicht alles so funktioniert hat wie wir uns das vorgestellt haben. Als Beispiele:

- Das Schwerpunktthema „Soziale Fragen, die aus der Mitte kommen“ ist 2011 gut gestartet, konnte dann aber nicht konsequent weiter geführt werden;
- In der Geschäftsführung bedeutete der Wechsel zur Jahreswende auch einen hohen Aufwand für den Vorstand;
- Die Mitgliederentwickung stagniert;
- Die organisatorische Schlagkraft muss besser werden.

Wir werden weiter hart an den noch offenen Baustellen arbeiten – im Vorstand und in der Wahlkampfleitung. Die Erreichung der genannten Ziele hängt aber auf das engste mit einer erfolgreichen Reaktivierung der Mitgliederbasis zusammen. Konzepte der Mitgliederbetreuung, das Aufspüren von Themen, die den Menschen vor Ort auf den Nägeln brennen und natürlich die Mitgliederwerbung, all das sind Aufgaben, die es jetzt anzupacken gilt.

Aber, Genossinnen und Genossen, das sind Aufgaben, die nicht allein vom Vorstand erledigt werden können, sondern die von uns allen zu erledigen sind.

Wir werden sicherstellen, dass die Vorstandschaft die organisatorischen, personellen und finanziellen Rahmenbedingungen schafft, dass Impulse gegeben werden. Es muss ein Ruck durch

die Partei gehen. Wir haben die Chance zum Wechsel. Der Erfolg kommt aber nicht von allein. Wir müssen hart daran arbeiten. Und das geht alle an!

Keine Stimme ist schon sicher, auch wenn die Umfragen noch so sehr in die eine oder andere Richtung zeigen mögen. Wir müssen ran an die Menschen in den Betrieben, in den Vereinen und Verbänden, in unserer Nachbarschaft, im Freundeskreis, an Wahlkampfständen in der Innenstadt und in den Stadtteilen.

Überall müssen wir für unsere sozialdemokratische Partei, für unsere Kandidatinnen und Kandidaten werben und zeigen, dass uns die Menschen wichtig sind. Und wir müssen ihnen auch sagen, sie bleiben uns auch wichtig nach dem Wahltag.

Und damit, liebe Genossinnen und Genossen, komme ich zum Schluss. Mit meinen heutigen Ausführungen wollte ich – in knapper Zeit – einen großen Bogen schlagen: Von der Geschichte über zentrale Themen zu den bevorstehenden Aufgaben.

Uns hat die Arbeit bisher Spaß gemacht, wir freuen uns über das, was wir erreicht haben, wir sehen aber auch, was alles noch geleistet werden muss, und deswegen – das sage ich auch für Sandra Radue und Dirk Goldenstein – deswegen wollen wir drei und auch der weitere Vorstand fast in der bisherigen Besetzung weiter machen.

Danke an dieser Stelle an die Vorstandsmitglieder, die nicht mehr mitarbeiten können: Elena Geck, Organisation, Sylvie Janik, Presse und Öffentlichkeitsarbeit. Für sie kommen Manfred Dohmstreich und Saskia Coerlin neu in den Vorstand.

Wir wollen mit dem neuen/alten Team noch einiges für unsere Erlanger Partei bewegen und wünschen uns dafür auch heute tatkräftige Unterstützung!

Auf geht's. Packen wir's an!

Distrikt Anger-Bruck

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

Liebe Genossinnen und Genossen,
unsere nächste Sitzung findet statt am

Dienstag, 2. April, 19:30 Uhr im Angerwirt (Guhmannstraße 10)

Neben Berichten müssen wir vor allem diskutieren, inwiefern wir uns in die Wahlkämpfe einbringen möchten und welche Veranstaltungen wir für den Anger und Bruck planen möchten.

Solidarische Grüße
Munib

Distrikt Eltersdorf

Vorsitzender:
Manfred Jelden
Telefon: 601333
manfred.jelden@nefkom.net

Liebe Genossinnen und Genossen,
unser nächstes Distriktstreffen ist am

Dienstag, 16. April, 19 Uhr im Schützenhaus

Tagesordnung:
wird aktuell beschlossen

Für den Vorstand
Manfred Jelden

Distrikt Frauenaurach

Vorsitzende:
Gabi Dorn-Dohmstreich
Telefon: 992114
gabi.dorn-dohmstreich@franken-online.de

Liebe Distriktsmitglieder,
wir laden euch herzlich ein zur

Distriktsversammlung am Dienstag, 9. April, 20 Uhr, TSV-Sportheim

Tagesordnung:
1. Aktuelles
2. Wiederholung der Wahl des Kassiers
3. Organisation der Arbeit im Distrikt
4. Verschiedenes

Im Namen des Vorstands
Stephan Eberle

Kurzprotokoll der Jahreshauptversammlung

Nach Bericht der Vorsitzenden, des Kassiers und der Revisoren wurde der Vorstand auf Antrag der Revisoren ein-

stimmig entlastet. Bei den Neuwahlen wurden gewählt (jeweils einstimmig):
a) Vorsitzende: Gabi Dorn-Dohmstreich
b) Stellvertretender Vorsitzender: Stephan Eberle
c) Schriftführer: Stephan Eberle
c) Kassier: Hartmut Wiechert
d) Vertreterin & Vertreter für den KV: G. Dorn-Dohmstreich, S. Eberle
e) Revisoren: Günter Rupprecht, Walter Fellermeier
f) Vertreterin für das Listenfindungsgremium: Gabi Dorn-Dohmstreich, Stellvertreter: Adi Albrecht

Stephan Eberle

Distrikt Innenstadt

Vorsitzender:
Michael Zimmermann
Telefon: 699118
zi-mi@web.de

Liebe Distriktsmitglieder,
unsere nächste Sitzung ist am

Dienstag, 16. April, 20 Uhr im Nebenraum des „Orpheus“ (Luitpoldstraße)

Die Tagesordnung werden wir vor Ort beschließen.

Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnahme!

Kurzprotokoll der Jahreshauptversammlung

Nach dem Rechenschaftsbericht von Michael, in dem er auf die Sitzungen, die behandelten Themen und die Forderungen des Distrikts des vergangenen Jahres eingeht, gibt Walter den Kassenbericht. Nach einer Aussprache zu den Berichten wird der Vorstand einstimmig entlastet.

Die anschließenden Neuwahlen führen zu folgenden Ergebnissen, jeweils einstimmig:
- Vorsitz: Michael Zimmermann
- StellvertreterInnen: Barbara Pfister, Nina Gunkelmann, Volker Lang, Helmut Pfister.

Dabei übernimmt Nina die Kassenführung und Helmut ist Referent für Organisation.

Als Revisoren werden Walter Schweigert und Harald Gründig gewählt.

Unsere Vorschläge für die Vertretung des Distrikts im Kreisvorstand sind Barbara und Walter.

Für den Vorstand,
Michael Zimmermann

Distrikt Ost

Vorsitzender:
Christofer Zwanzig
Telefon: 4003764
christofer@zwanzig-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktsversammlung am Dienstag, 23. April, 19 Uhr in der Waldschänke (Lange Zeile 104)

Vorläufige Tagesordnung

TOP 1 Aktuelles
TOP 2 Planungen zum Bürger/-innendialog mit dem SPD-Distrikt Süd
TOP 3 Vorstellung der Wahlprogramme für Bundestags- und Landtagswahlen
TOP 4 Besprechung kommunalpolitischer Forderungen des Distrikts; Themen: Wohnen und Bildung
TOP 5 Berichte aus Stadtteilen und dem Stadtrat

Mit solidarischen Grüßen
Christofer Zwanzig und Birgit Hartwig

Protokoll der Jahreshauptversammlung

TOP 1 Aktuelles

Distriktvorsitzender Dr. Christofer Zwanzig eröffnete die Versammlung und begrüßte alle Anwesenden recht herzlich. Gleichzeitig gab er eine Entschuldigungsliste mit begründeter Entschuldigung für Stadträte und

Stadtrats-Kandidaten als auch Distrikts-Genossen bekannt.

Christofer bedankte sich bei unserer Genossin Marianne Benz für die Betreuung unseres Schaukastens bzw. für die Wiederherstellung des von Vandalen zerstörten Kastens, der Glasscheibe und des verbogenen Blechrahmens. Der Schaukasten wurde neu gestrichen und von Grund auf wieder hergestellt und gereinigt.

Genosse Zwanzig bedankte sich auch bei der Stadträtin Birgit Hartwig für ihre Arbeit als Stellvertreterin des Vorstandes und für ihre Arbeit als Stadträtin für unseren Distrikt. Gleichzeitig hob er hervor, dass Birgit als Stadträtin gute Beziehungen zur SpVgg Erlangen aufgebaut hat.

Ein gemeinsamer Dank an alle Vorstandsmitglieder und Helfer für ihren Einsatz zum Gelingen unserer Veranstaltungen.

TOP 1.1 Berichte

Der Vorschlag vom SPD-Kreisverband, Gen. Dr. Florian Janik zum OB-Kandidaten zu bestellen, wurde von der Versammlung sehr begrüßt.

Aus dem Kreisvorstand wird berichtet, dass dort Forderungen zum Regierungsprogramm beschlossen wurden.

Am 16. März findet im IGM-Saal ein Kreativ-Workshop zu den anstehenden Wahlkämpfen statt, man sollte diese Veranstaltung besuchen.

Am 13. April findet eine Stadtrats-Kandidaten-Vorstellung statt.

TOP 2 Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden.

Distrikt in Zahlen: Zur Zeit sind 48 Genossinnen u. Genossen gemeldet, davon 16 Frauen (33 Prozent). Durchschnittsalter der Mitglieder 55 Jahre. Durchschnittsalter der Frauen 59 Jahre. 18 Mitglieder sind unter 55 Jahren, davon 4 Frauen.

Alle vier Wochen haben Distriktversammlungen stattgefunden.

Durchschnittsbesuch unserer Mitglieder ca. 8 Prozent. Die Bevölkerungsstruktur des Distrikts ist gemischt von Alt- und Neubürgern.

Die Organisation des Distrikts ist unter den gegebenen Voraussetzungen (zu wenig aktive Genossen) nicht zufriedenstellend.

Zwei Anträge wurden an den Kreisvorstand weiter geleitet, mit Erfolg.

Hausbesuche mit Bundestagskandidatin Martina Stamm-Fibich, Landtagskandidat Philipp Dees und OB-Kandidat Dr. Florian Janik wurden erfolgreich durchgeführt.

Gen. Marianne Benz dankte unserem Vorsitzenden zu seiner geleisteten Distriktsarbeit im Namen der Distiktversammlung recht herzlich.

TOP 2.1 Kassenbericht

Die Kasse wurde am 31. Januar 2013 von den gewählten Revisoren (Andreas Hahn u. Frank Krawolitzki) geprüft und in Ordnung befunden. Der Kassenbestand wurde der Versammlung bekannt gegeben.

TOP 2.2 Entlastung des Vorstandes.

Gen. Manfied Symanek beantragt die Entlastung des gesamten Vorstandes.

Der Vorstand wurde mit einer Enthaltung entlastet.

TOP 3 Neuwahlen

Die Wahl leitet Gen. Symanek.

- Als 1. Vorsitzender wurde vorgeschlagen Gen. Dr. Christofer Zwanzig
- Als Stellvertreterin wurde vorgeschlagen Gen Birgit Hartwig.
- Zur Kassiererin wurde vorgeschlagen Gen. Birgit Brod.
- Zum Schriftführer wurde vorgeschlagen Gen. Manfried Symanek.
- Als Beisitzerin zum Vorstand wurde Gen. Marianne Benz vorgeschlagen.

In geheimer Wahl wurden alle vorgeschlagenen Genossinnen und Genossen einstimmig gewählt.

Für die Revision wurden vorgeschlagen die Gen. Felix Wosnitzka und Frank Krawolitzki. Einstimmig gewählt.

Alle vorgeschlagenen Gen. u. Gen. nahmen die Wahl an.

TOP 3.1 Nominierung für den KV

Zu Distriktvertreter im Kreisvorstand wurden die Gen. Dr. Christofer Zwanzig und Stadträtin Birgit Hartwig per Akklamation gewählt. Sie nahmen die Wahl an.

TOP 4 Jahresplanung

Die Jahresplanung 2013/2014 wurde in Schriftform an die anwesenden Gen. u. Gen. verteilt. Diese Aufzeichnungen werden im April-Monatsspiegel für den Distrikt Ost beigelegt.

Am 5. Mai wollen die Distrikte Ost und Süd einen gemeinsamen Bürgerdialog im Treffpunkt Röthelheimpark durchführen. Die Arbeitsplanungen werden ebenfalls im Monatsspiegel bekannt gegeben.

TOP 5 Erarbeitung kommunalpolitischer Forderungen zum Thema „Wohnen“.
Dieses Thema wurde aus Zeitmangel auf unsere nächste Versammlung verschoben.

TOP 6 Sonstiges
Unsere nächste Versammlung findet am 23. April wieder um 19:00 Uhr in der Waldschänke statt.

Im Mai findet keine weitere Distriktversammlung statt.

Am 18. Juni treffen wir uns wieder in der Waldschenke (Lange Zeile 104) um 19:00 Uhr.

Für das Protokoll
Manfried Symanek

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zur nächsten

Distriktssitzung am Mittwoch, 17. April, 19 Uhr, Biergarten am Röthelheim, Röthelheim 40c

Mit solidarischen Grüßen
Dr. Andreas Richter
Stellvertretender Vorsitzender

Distrikt Süd

Vorsitzende:
Brigitte Rohr

Kontakt:
Dr. Andreas Richter
andreas.m.j.richter@web.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden Euch herzlich ein zu unserer

Distriktversammlung am Dienstag, 9. April, 20 Uhr, Schlossgaststätte

Tagesordnung:
1) Aktuelles
2) Rückblick auf die Ortsbeiratssitzung
3) Spielstraßen bzw. verkehrsberuhigte Zonen in Tennenlohe-Süd?
4) Zukunft der Tennenloher Kerwa
5) SPD-Stadtratsliste
6) Arbeit am Ortsteilprogramm
7) Verschiedenes; Planungen etc.

Weitere Ankündigungen: Distriktversammlungen im Mai am 14. Mai und im Juni am 11. Juni.

Für den Vorstand
Rolf Schowalter

Protokoll der Distriktssitzung vom 12. März

1. Aktuelles
Der Distrikt beschließt einstimmig die Reihung der Distriktkandidaten für die Stadtratswahlen nach dem Reißverschlussverfahren: Rolf Schowalter, Gertrud Reich-Schowalter, Johann Hauer

Die Vorstellung des „Tennenloher Würfels“ durch die Vorsitzende des Ortbeirats auf dem Neujahrsempfang des OBR im Januar wurde weiterhin kritisiert, da die Aktion ohne Rücksprache mit dem OBR erfolgte.

2. Ortsbeirat
Das Protokoll der letzten Ortsbeiratssitzung wurde an die Ortbeiräte nicht mehr versandt, sondern nur im Schaukasten der Stadt ausgestellt. Ein Hinweis auf das Protokoll im Ratsinformationssystem wäre hilfreich gewesen.

Die nächste Ortbeiratssitzung findet am 13. März statt. Themen sind:
- Verlängerung des Fußgängerweg in der Herringstraße
- Übergang Weinstraße – Franzosenweg
- Umgestaltung der Kreuzung am Wetterkreuz

3. Wahl- und Kulturveranstaltung mit Sonja & Wulli
Der Distrikt veranstaltet am 16. Juni einen Frühschoppen mit Sonja & Wulli auf dem Wendehammer „Am Bach“. Der Distrikt lädt Dr. Florian Janik als SPD-Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters, alle Stadträte und alle Stadt-

Distrikt Tennenlohe

Vorsitzender:
Rolf Schowalter
Telefon: 601924
rolfschowalter@t-online.de

ratskandidaten herzlich ein. Am 14. Mai wird ein Planungstreffen stattfinden.

4. Beantragung von Zuschüssen
Der Distrikt beantragt einstimmig einen Zuschuss von 300 Euro für die geplanten drei Ausgaben des Tennenloher Boten in diesem Jahr und weitere 300 Euro für die Veranstaltung am 16. Juni.

5. Arbeit am Ortsteilprogramm
Die Arbeiten am Ortsteilprogramm werden auf die nächste Sitzung vertagt. Wichtige Themen für das Programm, z.B. Friedhofsituation, Vereine, Zukunft der Kerwa werden vordiskutiert.

6. Tennenloher Bote
Aufgaben werden verteilt. In den diversen Artikeln soll sich die Vielfalt des Distrikts widerspiegeln.

Hans Hauer

Distrikt West

Vorsitzender:
Gerd Peters
Telefon: 44366
gerd.peters-er@t-online.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
die Vorbereitungen zur Kommunalwahl werden zunehmend konkreter. Gegenwärtig wird in verschiedenen Arbeitsgruppen an der Formulierung des „Kommunalpolitischen Programms 2014“ gearbeitet.

Für uns von zentraler Bedeutung ist der Bereich Stadtplanung; in keinem anderen Erlanger Stadtteil gibt es so viel Gestaltungsbedarf wie im Stadtwesten.

Wir treffen uns am

Mittwoch, 10. April um 18 Uhr in meiner Wohnung, Würzburger Ring 39

Folgende Tagesordnung ist vorgesehen:
1. Präsentation des vorliegenden Programmentwurfs „Stadtplanung“ und Diskussion darüber mit Andreas Richter
2. Verschiedenes

Ich hoffe auf Euer Erscheinen!
Im Auftrag des Vorstands
Gerd Peters

P.S.: An unserer Jahreshauptversammlung nahmen 22 Genossinnen und Genossen teil. Die Resonanz zur Distriktsversammlung März zum Thema „Energiewende lokal“ zu kommen war nicht besonders ausgeprägt. Zu zehnt ergab sich eine sehr facettenreiche Diskussion mit Stefan Jessenberger von der Initiative „Energiewende ER(H)langen. Peter Weierich war ebenfalls anwesend und reicherte das Treffen mit Informationen über die „Bürgergenossenschaft Energiewende“ an.

AG 60plus

Vorsitzender:
Hartmut Wiechert
Telefon: 991232
hartmut.wiechert@gmx.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir laden euch herzlich ein zu unserer nächsten

Mitgliederversammlung am 17. April, 15 Uhr, August-Bebel-Haus

Die Tagesordnung wird in der Sitzung beschlossen.

Für den Vorstand
Hem Aichele

Protokoll der Jahreshauptversammlung

Top 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung
Der Vorsitzende Hartmut Wiechert begrüßt die Anwesenden, die Tagesordnung und das Protokoll der letzten Sitzung werden genehmigt.

Top 2 Aktuelles
Die Vorsitzende des Seniorenbeirats Helga Steeger informiert über den Stand der Öffnung der Fußgängerzone

für Radfahrer außerhalb der Lieferzeiten. Sie sucht einen Interviewpartner für die Erlanger Nachrichten aus der AG 60plus. Ruth erklärt sich bereit. Helga informiert auch über die schwierigen Verhandlungen zum Verkauf der GBW-Wohnungen. Außerdem berichtet sie über das positive Echo der von der AG 60plus gestalteten KMV am 28. März.

Top 3 Rechenschaftsbericht
Der Vorsitzende liest den Rechenschaftsbericht des Jahres 2012 vor.

Top 4 Entlastung des Vorstands
Helga trägt die Bitte zur Entlastung des Vorstands vor. Der Vorstand wird einstimmig entlastet.

Top 5 Kommunalwahlprogramm
Das Programm aus dem Jahr 2008 liegt den Anwesenden vor. Es muss jedoch in manchen Punkten überarbeitet werden.

Top 6 Arbeitsplanung für 2013
Überarbeitung Kommunalwahlprogramm

Top 7 Verschiedenes
Ruth wird gebeten, bei der am 14. März stattfindenden Jahreshauptversammlung auf den Rechenschaftsbericht hinzuweisen und um mehr Aufmerksamkeit für die AG 60plus zu bitten, vor allem um mehr Teilnehmer bei den monatlichen Mitgliederversammlungen.

Ruth Sych

AG 60plus (Unterbezirk)

Vorsitzende:
Gisela Nowack

Kontakt
Jutta Ledertheil
Telefon: 8126511
jutta.ledertheil@spd.de

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir möchten Euch sehr herzlich einladen zu einer

Veranstaltung „Mobilität im Alter“ am 8. Mai, 15 Uhr, IGM-Haus in Erlangen, Friedrichstraße 7

Wir haben dazu **Jutta Leidel** eingeladen von der (neu eingerichteten) „Kontaktstelle für Bürgerschaftliches Engagement des Landratamtes ERH“. Sie wird uns das Seniorenpolitische Gesamtkonzept für den Landkreis mit Schwerpunkt auf „Mobilität im Alter“ vorstellen. Dabei werden folgende Aspekte behandelt:

- Bedarfsgerechte Wohnangebote und alternative Wohnmodelle
- Komplementäre und soziale Dienste und Dienstleistungen
- Gesundheitsförderung, Prävention und Sport
- Gemeinde-/Stadtplanung

Wir freuen uns auf lebhafte Diskussionen und auf Euer Kommen.

Vorschau auf weitere Termine:
7. Mai 2013: Aktionstag AG 60plus in Fürth, Grüner Baum, Gustavstr. 34 mit der Bundesvorsitzenden Angelika Graf „Solidarität – ein wichtiger Baustein unserer Gesellschaft“

Mit solidarischen Grüßen
Gisela Nowack
Unterbezirksvorsitzende 60plus

Jusos

Vorsitzender:
Munib Agha
munib_agha@hotmail.com

Liebe Jusos,
unsere kommenden Sitzungen finden statt am

- Dienstag, 16. April und
- Dienstag, 30. April

um 20 Uhr im August-Bebel-Haus. Auf den ersten beiden Sitzungen werden wir weiterhin über Umweltpolitik diskutieren. Am 30. April werden wir die Juso-KandidatInnen für die Stadtratsliste nominieren.

Am Montag, den 13. Mai um 15 Uhr nehmen die Jusos Erlangen an einer Führung durch die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Zirndorf teil. InteressentInnen sollen sich bitte bis zum 15. April bei mir melden.

Rote Grüße
Munib

DGB

1. MAI UNSER TAG

1. MAI 2013

GUTE ARBEIT. SICHERE RENTE. SOZIALES EUROPA.

1. Mai 2013 in Erlangen

10:00 Uhr — Auftakt am Gewerkschaftshaus

Von der Friedrichstr. 7 zum E-Werk (Fuchsenwiese 1)
Demonstration für gerechte Löhne und soziale Sicherheit

11:00 Uhr — Kundgebung am E-Werk

- **Auftakt** — **Wolfgang Niclas** DGB-KA Vors.
- **Grußwort** — **Dr. Siegfried Balleis** OB Stadt Erlangen
- **Mairede** — **Markus Fuß** Ver.di

Anschließend: Buntes Maifest

- Live-Musik mit „four pack“ und Sambagruppe
- Info-Meile nahestehender Organisationen
- Sketsch der Vertrauensleute
- Kinderprogramm mit großer Hüpfburg
- Betriebsstammtische
- Rädli Tour
- Essen und Getränke
- Infos und Kontakte

V.i.S.d.P.: Stephan Doll, DGB Region Mittelfranken, Kornmarkt 5-7, 90402 Nürnberg, Tel. 0911/249166

www.dgb.de